

# **b** unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

## Menschen fördern, nicht Fläche



Foto: Saaten-Union

Foto:BLE/Stephan

### **Agrarreform**

Ab 2013 werden die EU-Agrarsubventionen neu verteilt, jetzt müssen die Weichenstellungen erfolgen, damit endlich bäuerliche Betriebe profitieren. Eine gemeinsame Stellungnahme eines breiten Bündnisses, eine Tagung in Bayern auf den **Seiten 12, 13 und 19**.

### **Atomkraft**

140.000 Menschen, so viele wie nie zuvor, demonstrieren bunt, friedlich und kreativ gegen Atomkraft. Vorneweg und mittendrin stehen die Bauern und Bäuerinnen und fordern von Schwarz-Gelb: Kein Ausstieg aus dem Ausstieg, auf den **Seiten 4 und 17**.

### **Bewegung**

Mit einer eindrucksvollen Tagung setzt die junge AbL Zeichen um die Frage der Bäuerlichkeit. Eine ebenso gelungene Veranstaltung der AbL und den Stasibeauftragten führt ostdeutsche Agrargeschichte in eine Zukunftsdiskussion auf den **Seiten 3 und 6**.

<b>Die Seite 3</b>	
<b>„Nicht das Ende der Geschichte“</b> .....	3
<b>Agrarpolitik</b>	
<b>Den Mut haben, Hilfe anzunehmen</b> .....	4
<b>Tausende Menschen gegen Atomkraft.</b> .....	4
<b>Mangelndes Problembewusstsein.</b> .....	6
<b>Versöhnung zwischen Mensch und Tier</b> .....	7
<b>Lebenswertes Land durch kurze Wege.</b> .....	11
<b>junge Abl</b>	
<b>Jugend tagt in alten Mauern</b> .....	5
<b>Bewegung</b>	
<b>Stressfrei Schlachten</b> .....	8
<b>Märkte</b>	
<b>Stärkekartoffeln vor dem Aus?</b> .....	10
<b>Schwerpunkt</b>	
<b>Nach 2013 wird alles anders.</b> .....	12
<b>Eine Stimme aus 27 Kehlen</b> .....	13
<b>Aus fernen Ländern</b>	
<b>Armes Land, karge Böden und ein Erdbeben</b> .....	14
<b>Wenig Milch, aber viele Ideen</b> .....	18
<b>Nachbau</b>	
<b>Die Zukunft des Saatguts</b> .....	15
<b>Patentschutz wie weit?</b> .....	15
<b>Gentechnik</b>	
<b>Eine Machtdemonstration.</b> .....	16
<b>Hofportrait</b>	
<b>Milchbauern klagen gegen atomares Zwischenlager.</b> .....	17
<b>Landleben</b>	
<b>Für eine bäuerliche Landwirtschaft</b> .....	19
<b>Weitere Themen</b>	
Aus Stall, Feld und Umfeld: zu Besuch bei Herbert Ernst und Kordula Sierch, Seite 9; Leserbrief, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23	

## Inhaltsverzeichnis

Die Zukunft der Biomassenutzung wird dezentral und bäuerlich sein oder sie wird nicht sein. Weiterentwickelt wurde die uralte Technik der Biogasnutzung über Jahrzehnte von findigen Landwirten und kleinen Handwerksunternehmen. Jetzt würden am liebsten große Konzerne die Abnahme und Bodenbewirtschaftungs- und Verwertungsunternehmen die Erzeugung übernehmen.

Es ist ja schon verrückt, wenn als Argument gegen die Biogaserzeugung vorgebracht wird, sie habe aus Mais nur 10 Prozent der Flächenproduktivität von Solarkollektoren.

Da fehlen zwar noch einige andere Bewertungsmaßstäbe, aber wir müssen schon genau hinschauen, was sich wie effizient entwickelt. Bei der Entwicklung des Maisanbaues ist es auch zu kurz



## Kommentar

## Dezentral und bäuerlich

gesprungen, nur auf die Biogasnutzung zu starren. Die gesamte Landbewirtschaftung entwickelt sich weg von den Zielen Klimaschutz, Biodiversität, Vielfalt in der Wertschöpfungskette, Vielfalt der Betriebe. Der rasante Zuwachs der großen Tierhaltungsanlagen tut ein übriges. Hier

muss auch die kommende Agrarreform gegensteuern und Zeichen setzen für bäuerliche Vielfalt und Arbeitsplätze auf den Höfen.

In der Debatte um Pachtpreise für landwirtschaftliche Ackerflächen ist es einfach, bei schlechten Preisen für landwirtschaftliche Rohstoffe auf die Preistreiberei durch Biogasbauern zu schimpfen. Biogas kann man in diesem Zusammenhang auch als stabilisierendes Moment sehen. Das fällt natürlich schwer, wenn das Geld sowieso knapp ist. Wir müssen aufpassen, dass Biogas nicht als Mitnahme, Rechtfertigung und Feigenblatt für Großbetriebe benutzt wird. Die Begrenzung des Güllebonus von 4 Cent auf 150 KW bei der letzten Novellierung war hier bereits ein erster wichtiger Aufschlag. Hier muss aber nachgesteuert werden. Er sollte wirklich auch nur bis zu dieser Höhe bezahlt werden, damit er auch bessere Klimabilanzen über angepasste Tierhaltung stiftet. Damit auch angepasste Technikentwicklung zu den vorhandenen Beständen kommt, brauchen wir eine weitere Staffel im Güllebonus von 8 Cent für Anlagen bis 75 KW.

Um auch die Verwertung der Vielfalt der Beiprodukte und eine Entwicklung in der Vielfalt der Anbaukulturen auf den Höfen zu voranzubringen, ist der derzeitige Nawarobonus dringend überholungsbedürftig. So wie er ausgelegt ist, kann nur Mais gewinnen, und auf der Strecke bleibt jede andere Entwicklung von Fruchtfolgevielfalt und Zusatznutzung. Mais ist heute schon Leitkultur und unsere Kultur verkümmert, weil sich anderer Anbau überhaupt nicht mehr entwickelt.

Das gilt aber auch für die Biogastechnik. So wie die Anlagen konzipiert wurden, können sie nur noch Mais und vielleicht ein bisschen Gülle. Wir brauchen eine breite Differenzierung des Nawarobonus. Nur so wird das EEG seiner Aufgabe gerecht, auch wirklich nachhaltige Entwicklung auszulösen. Hier helfen nur Qualitätsstandards, die weite Fruchtfolgen vorsehen, die eine Vielfalt an Nutzungskulturen besser stellen. Der Landschaftspflegebonus und seine Umsetzung sind bisher ein sehr bescheidenes Leuchtfeuer.

In der Biogasaufbereitung brauchen wir einen differenzierten Bonus, um auch die Entwicklung kleinerer bäuerlicher Anlagen voran zu bringen. Was fehlt, um bäuerliche Interessen abzusichern ist ein Biogaseinspeisegesetz. Bei allen Vorbehalten gegen die Einspeisung ins Netz, sie ist für viele Anlagen eine sinnvolle Option, wenn vor Ort keine KWK-Nutzung erfolgen kann. Ohne Einspeisegesetz werden die großen Energiekonzerne den Zugang von Bäuerinnen und Bauern zum Gasnetz mit ihrer Macht zu verhindern versuchen. Wer neue Wege geht, bekommt oft erklärt, was alles nicht geht. Der Entwicklung von Micronetzen ist im Planungsrecht genauso, wie der Entwicklung von Wärmenetzen ein besserer Rahmen zu geben.

Nur so kann Klimaschutz auch wirklich Eingang finden in kommunalpolitisches Handeln. An dieser Stelle brauchen wir auch ein erweitertes erneuerbares Wärmegesetz. Für jeden, der in die Biogaserzeugung einsteigt, ist es ein neuer Betriebszweig mit hohen Anforderungen. Gewinnen für das Klima und für zusätzliche ländliche Wertschöpfung kann Biogaserzeugung nur in vielfältigen, bäuerlichen Strukturen!

Bernd Voß, Milch- und Biogasbauer und 2. Vorsitzender der Abl

## Impressum

**b** unabhängige  
**bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;  
**Redaktion:** Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/ Aboverwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520  
**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt:** Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de  
**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)  
**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertiebsstück 1 K 12858E

# „Nicht das Ende der Geschichte“

Vor 50 Jahren legte die Zwangskollektivierung den Grundstein für die heutige industrielle Agrarstruktur des Ostens

Ironie der Verzweiflung spricht aus den Namensvorschlägen für neugegründete landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) Anfang der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, die in den Akten der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dokumentiert sind: „LPG Bauernfang“, „LPG Verlorenes Glück“ oder gleich „LPG Untergang“ hatten sich die neuen Genossen für ihre LPG ausgedacht und drückten damit aus, was sie von der Art und Weise der Durchsetzung, aber auch von der Idee der kollektivierten Landwirtschaft des SED-Regimes hielten. Vorangegangen war das, was unter dem beschönigenden Titel des „sozialistischen Frühlings auf dem Lande“ im April 1960 seinen Höhepunkt gefunden hatte. Durch die ineinandergreifenden Elemente der Bodenreform 1945, die die sogenannten Junker mit mehr als 100 ha Land enteignete und der dann in den fünfziger Jahren folgenden Zwangskollektivierung allen Bauernlandes entstanden Strukturen, wie sie alle sozialistischen Denker und Lenker in ihren Weltentwürfen vorsahen – Bauern als Werkträger auf dem Acker des Volkes, ohne eigenes Eigentum an Produktionsgütern, so beschrieb es Historiker Jens Schöne auf einer gemeinsam von den Landesbeauftragten für die Unterlagen der Stasi und der AbL durchgeführten Tagung in Berlin. Dass die meisten Bauern und Bäuerinnen aufgrund ihrer Tradition und Sozialisation Probleme mit so einer Weltsicht haben, wurde deutlich, als Zeitzeugen aus jener Zeit vor 50 Jahren berichteten.

## „Aufklärer“ unterwegs

Bei Siegfried und Doris Goldbach standen eine ganze Nacht Lautsprecherwagen auf dem Hof und beschallten die Bauersleute mit „aufklärerischen“ Parolen. Am nächsten Morgen dann wurde der Bauer, der sich nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft einen Hof mit 50 ha Land neu aufgebaut hatte, auf das Gemeindeamt zitiert. Dort wurde ihm Zuchthaus angedroht, wenn er nicht endlich als letzter des Dorfes in die LPG eintreten würde. Manfred Probst war 14 Jahre alt, als im Frühjahr 1960 die sogenannten Aufklärer auf den elterlichen Hof bei Dresden kamen und seinen Vater bedrängten. „Es war ein frühes Frühjahr, mein Vater musste arbeiten und wurde diese Leute nicht los. Einmal hat er beim Abdrehen der Drillmaschine den Hund von der Leine gelassen, weil er es nicht

mehr ertragen konnte. Nachts saß dann der Rat des Kreises bei uns im Wohnzimmer, mein Vater lebte nur noch in Angst, ihm wurde massiv gedroht. Schließlich unterschrieb er, strich aber das Wort „freiwillig“ im LPG-Beitrittsdokument.“ Kurz danach flüchtete Probst mit seiner Familie in den Westen, in den Flüchtlingslagern trafen sie auf viele Bauernfamilien mit gleichem Schicksal.

## Gehen oder Bleiben?

Das Dilemma, in dem die steckten, die gingen, aber auch die, die blieben, beschrieb Soziologe Falco Werkentin. Viele Bauern und Bäuerinnen konnten aus ihrer Sozialisation heraus nicht einfach ihren Hof verlassen, den Acker nicht mehr bestellen, oder das Vieh

der Folgezeit von verhinderten LPG-Gründungsversammlungen oder Austrittsversuchen aus der neuen Genossenschaft zu berichten. Die große Flucht der Bauern und Bäuerinnen 1960 wird von den befassten Historikern in direkten Zusammenhang mit dem ein Jahr später stattfindenden Mauerbau gebracht. Nach dem massiven Weggang der Bauern und Bäuerinnen und den verhältnismäßig unproduktiveren neuen Agrargroßstrukturen wurden Lebensmittel knapp und die Unzufriedenheit mit dem System groß.

## Unrecht bis heute

Auf Gedenkfeiern zum Mauerbau nächstes Jahr werde dieser Zusammenhang kaum eine Rolle spielen, mutmaßte Jörg



v.l.: U.Jasper, D.Knapp, F.W.Graefe zu Baringdorf, M.Probst, H.Klüter und J.Gerke auf dem abschließenden Podium der AbL-Tagung in Berlin. Foto: Wellmann

nicht mehr versorgen, also in Streik treten oder fliehen. Es kam vielerorts zu Solidaraktionen der Bauern untereinander, wenn das Regime einzelne durch Repressionen gefügig machen wollte oder bei Nichtablieferung des Pflichtsolls, also eines bestimmten Ernteanteils, mit der Enteignung des Hofes drohte. „Die Geschichte der Zwangskollektivierung ist die Geschichte bäuerlichen Widerstandes“, so Werkentin. Er dokumentiert den Schauprozess eines säumigen Bauern, der enteignet und ins Zuchthaus gesteckt wurde. Berufskollegen verhalfen ihm zur Flucht, gingen aber selbst wieder auf ihre Höfe zurück. Nun erwartete sie dasselbe Schicksal aus Enteignung und jahrelangem Zuchthaus. Überwachung durch die Stasi, das zeigt die umfassende Dokumentation der Vorgänge, war allgegenwärtig. Die Stasi-Akten dokumentieren auch, dass nach dem Ende des „sozialistischen Frühlings“ noch lange keine Ruhe auf den Dörfern einkehrte. Daniela Munkel von der Bundesbehörde für die Stasiunterlagen wusste in

Gerke, Bauer und Buchautor. „Jeder ostdeutsche Agrarpolitiker findet die Kollektivierung gut“, so seine These, da die ostdeutsche Agrarstruktur bis heute als Erfolgsmodell gegenüber der „Museumslandwirtschaft“ des Westens gehandelt werde. Deshalb und weil die alten Kader, die Nomenklatura der SED, wie es Sozialwissenschaftler Uwe Bastian nannte, auch nach der Wende weiter funktionierten, blieben die alten LPG-Strukturen nach 1990 erhalten. Politik und Medien richteten sich an ihren Bedürfnissen aus, Geld und Flächen blieben mehr oder weniger dort, wo sie waren. Besonders deutlich wurde und wird das bis heute an der Flächenvergabepraxis der ehemaligen Treuhand, jetzigen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG), deren politische Rahmenbedingungen kontinuierlich dafür gesorgt haben, dass Neu- oder Wiedereinrichter ohne Kaderverbindungen kaum eine Chance bekommen, Land aus dem ehemaligen Volkseigentum der DDR zu pachten oder zu kaufen. Biologe Hans Dieter Knapp und Geograph Helmut Klüter konnten in ihren

Beiträgen eindrucksvoll deutlich machen, dass es mit der vermeintlichen Überlegenheit der agrarischen Großstrukturen so weit her nicht ist. Sie gingen und gehen einher mit einem massiven Verlust an Biodiversität, Degradation des Bodens und zahlreichen negativen Umweltauswirkungen. „Die Kollektivierung hat nicht nur Bauernstand und ländliche Kultur verändert, sondern in der Folge die Kulturlandschaft in einen agrarindustriellen Produktionsraum verwandelt“, so Hans Dieter Knapps Resümee. Helmut Klüter attestiert den großen Strukturen keineswegs die ökonomische Vorzüglichkeit, die ihnen gerne zugeschoben wird. Zwar bekommen die Großbetriebe das meiste Geld aus Brüssel, aber sie beschäftigen damit die wenigsten Menschen und haben die geringste Produktivität im Vergleich zu kleineren Strukturen. Landwirtschaft verliere seine Rolle als tragende Wirtschaftskraft im ländlichen Raum, so Klüter, und verliere durch ihre industriellen Strukturen gegenüber dem anderen Wirtschaftszweig auf dem Land, dem Tourismus. Landwirtschaft mit dem Tourismus und auch mit der Kulturlandschaft wieder in Einklang zu bringen, gelinge nur durch eine Umverteilung der Agrarsubventionen mit einer Anbindung der Zahlungen an die Arbeitskräfte, so die Schlussfolgerungen des AbL-Vorsitzenden Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. „Dies ist nicht das Ende der Geschichte“, so Graefe zu Baringdorf und irgendwann werde sich der Geschäftsführer der BVVG, Wolfgang Horstmann (der mittlerweile im Publikum saß), sagen lassen müssen, dass er seine Position nicht genutzt habe und mitverantwortlich sei für die Ungerechtigkeiten.

## Bleibende Herausforderung

„Kulturen, die ohne die Bauern auskommen wollten, haben es nie lange gemacht“, so Graefe zu Baringdorf, es zeige sich, dass agrarindustrielle Strukturen ein volkswirtschaftliches Desaster seien und geschichtlich keinen Bestand haben werden. Als „bleibende Herausforderung“ bezeichnete der Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen in Sachsen, Michael Beletes, in seinem Schlusswort den Umgang mit der Agrarstruktur des Ostens, der geschichtlichen Aufarbeitung, Öffentlichmachung und die Arbeit in die Zukunft. Diese Herausforderung müsse man als gesamtgesellschaftliches Thema annehmen. cs

## Sinkendes Schiff

Mehr Geld für eine schrumpfende Branche will Bundesforschungsministerin Annette Schavan (FDP) ausgeben. Nachdem eine Studie aus ihrem Hause Erlösrückgänge in der deutschen Biotechnologiebranche von 49 Mio Euro auf 39 Mio. Euro festgestellt hat. Der Anteil des Staates an der Finanzierung von Biotech-Unternehmen lag 2005 noch bei ca. 8 %, 2009 waren es bereits etwa 17 %. „Es ist nicht zu verstehen, weshalb das Schavan-Ministerium jetzt ankündigt, zusätzliche Millionen in den schrumpfenden Sektor zu stecken“, kommentierte Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft. „Dafür dann auch noch das Arbeitsplatzargument heran zu ziehen, ist absurd.“ Je nach Betrachtungsweise gibt es hier etwa 650 bis 1.400 Arbeitsplätze. Dem gegenüber stehen laut Löwenstein mehr als 160.000 Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen des Ökobereichs, die durch die Gentechnik gefährdet werden. *pm*

## Den Mut haben, Hilfe anzunehmen

Oft suchen Bauern und Bäuerinnen in finanziellen Schwierigkeiten erst zu spät Unterstützung

Ebbe in der Kasse ist für immer mehr landwirtschaftliche Betriebe ein Normalzustand. Die Situation schon seit Jahren rückläufiger Agrarpreise, gepaart mit dem Versuch, diese durch zum Teil mit erheblichen Investitionen verbundene Entwicklungsschritte aufzufangen, hat viele Betriebe in einen Kreislauf aus immer neuen Schulden gebracht. Häufig zu spät erkennen oder gestehen sich Bauern und Bäuerinnen ein, dass sie Hilfe von außen brauchen. Für Rainer Schütte von der sozioökonomischen Beratung der Landwirtschaftskammer in Niedersachsen ist das symptomatisch. Wenn jemand bei ihm oder seinen Kollegen anruft, ist das Kind häufig schon fast in den Brunnen gefallen. Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass zuvor Hausbank und/oder ein betriebswirtschaftlicher Berater eher herangezogen werden und die sich und dem Kunden natürlich ungern eingestehen, irgendwann mit ihrem Latein am Ende zu sein. Dabei ist es aus Sicht von Schütte oftmals gar nicht so schwierig, einen Plan zur finanziellen Konsolidierung auf den Tisch zu legen, wichtige Voraussetzung ist, dass der Berater einen kompletten Überblick über alle bestehenden Verbindlichkeiten hat. „Oftmals wird viel zu hoch getilgt“, so Schütte, hier führe unter Umständen schon

eine Zusammenfassung und Umschuldung weiter. Seiner Ansicht nach sind es eben oft die vielen unterschiedlichen Darlehensverträge – kurzfristige Zwischenfinanzierungen, ein Stallneubau, der neue Trecker, der dafür gebraucht wurde, schließlich noch einmal ein kurzfristiger Kredit, weil die Preise nicht besser wurden... Jeder kennt diese sich akkumulierenden Verbindlichkeiten, die zusammengefasst häufig von ihrem Schrecken verlieren, manchmal so Schütte sogar, wenn durch eine Umschuldung Vorfälligkeitsentschädigungen fällig werden.

### Zweifelhafte Liquiditätsprogramme

„Zinsen sind schon seit Jahren nicht mehr das Problem“, weiß Schütte, deshalb bringt aus seiner Sicht auch ein Liquiditätsprogramm, wie es gerade erst wieder durch Bundesmittel über die landwirtschaftliche Rentenbank aufgelegt wurde, nichts. Diese Einschätzung deckt sich auch mit dem, was Bauern und Bäuerinnen dazu sagen. Das Geld aus dem Liquiditätsprogramm ist letztlich nichts anderes als eine verkappte Investitionshilfe, die am ehesten Betriebe in Anspruch nehmen, denen es sowieso schon nicht schlecht geht. Es befördert am Ende sogar den Strukturwandel, anstatt Betrieben in

Not zu helfen. Die Vergabe über das Windhundverfahren, das beim letzten Liquiditätsprogramm im März diesen Jahres dafür gesorgt hat, dass die Mittel innerhalb weniger Tage aufgebraucht waren, unterstreicht noch diese Annahme. Nur wer sich gut vorbereitet, problemlos schnell grünes Licht von der Hausbank bekommt und vielleicht sogar über die richtigen „Beziehungen“ verfügt, kommt in den Genuss des Geldes. Das trifft wohl kaum auf jemanden zu, der sowieso schon in Schwierigkeiten steckt.

Es bleibt dann als Frage, was denn wirklich helfen würde. Entschuldungsprogramme haben ein zweifelhaftes Image und stoßen nicht auf gesellschaftliche Akzeptanz. Möglichkeiten der Privatinsolvenz auch für landwirtschaftliche Betriebe zu schaffen, bedürfe sicherlich einiger regularischer Änderungen. „Man kann nur an die Leute appellieren, rechtzeitig zu kommen“, sagt Berater Schütte, „dann ist oft noch vieles möglich.“ Sozioökonomische Beratungsstellen gibt es in den Bundesländern mit Landwirtschaftskammern dort angesiedelt, in den anderen Ländern häufig bei der Officialberatung oder auch bei den Kirchen. Allen ist sicherlich gemein, dass man dort helfen will, nicht anklagen. *cs*

## Tausende Menschen gegen Atomkraft

Eindrucksvolle Demonstrationen im Norden, in Hessen und NRW



Eine Menschenkette von Kernkraftwerk zu Kernkraftwerk: Brunsbüttel-Krümmel

Foto: Schievelbein

Symbolträchtige Dinosaurier der Atomkraftgeschichte verband am letzten Wochenende im April eine symbolträchtige Menschenkette. So viele Menschen wie nie zuvor in der Geschichte des Widerstands gegen die Atomkraft – 120.000 – standen Hand in Hand vom AKW Brunsbüttel entlang des Elbdeiches vorbei am AKW Brokdorf, durch den Hamburger Hafen bis zum AKW Krümmel in der Nähe des schleswig-holsteinischen Geesthacht. Gleichzeitig umzingelten noch einmal rund 15.000 Atomkraftgegner das Kraftwerk im hessischen Biblis und fanden sich mehr als 5.000 Menschen zum Protest am nordrhein-westfälischen Atomzwischenlager Ahaus ein. Es war eine kraftvolle Demonstration gegen die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, den Ausstieg aus dem rot-grünen Atom-Ausstieg einzuleiten, und es war auch eine kraftvolle Demonstration dafür, dass die Widerstandsbewegung gegen die Atomkraft längst mehrere Generationen und Menschen aller Schichten zusammenbringt – sie eine breite gesellschaftliche Zustimmung findet. Immer

schon standen die Bauern und Bäuerinnen mit ihren Traktoren für den Anti-Atomprotest in der Mitte der Gesellschaft, nun wurde einmal mehr deutlich, sie sind dort nicht allein. Sie waren wieder dabei, ein Treck der Bäuerlichen Notgemeinschaft hatte sich schon Tage zuvor begleitet von Radlern auf den Weg vom Wendland nach Krümmel gemacht. Sonnenschein, die träge dahinglitzernde Elbe und die gute Stimmung ob der alle Erwartungen übertreffenden Menschenmengen bildeten einen herben Kontrast zum bedrohlich über dem Geschehen thronenden Kraftwerk. Während die Uraltreaktoren Brunsbüttel und Krümmel seit 2007 fast durchgängig wegen Pannen und Unzuverlässigkeiten vom Netz sind, ist Brokdorf der erste deutsche Reaktor gewesen, der nach der Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 ans Netz ging – alle drei wurden immer begleitet von Pannen und Protest. Es wird Zeit, dass die Politik diesen Protest endlich ernst nimmt und sich endgültig von der gesellschaftlich nicht gewollten Technologie verabschiedet. *cs*

# Jugend tagt in alten Mauern

Erste Tagung der jAbL lässt Teilnehmer mit Visionen und konkreten Plänen in die Zukunft gehen

Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft hat viele Gesichter. Am sonnenigen Tagungswochenende der jAbL waren es um die 50 junge Menschen, die aus allen Teilen Deutschlands angereist kamen, um ihre Köpfe zum Thema Bäuerlichkeit zusammenzustecken. Zur Eröffnung am Freitagabend ging es direkt hinein in die Diskussion. Im 1.000-jährigen Gemäuer der Burg Lohra in Thüringen diskutierten die Teilnehmer, was sie unter bäuerlicher Landwirtschaft verstehen und was getan werden kann, um diese zu stärken. Als Einstieg erzählten Siegfried Herbst und Katharina Besier, ein Bauer älteren Semesters und eine junge Bäuerin, was sie unter dem Begriff bäuerlich verstehen und wie sie sich selbst als Bauer bzw. Bäuerin sehen. Siegfried Herbst schaute zurück auf die Generationen vor ihm und stellte fest, dass erst mit dem Einsetzen der Mechanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft und dem damit verbundenen „Rationalisierungsdruck“ die Bäuerlichkeit auf der Strecke blieb. Von einem Druck, der auf die Betriebe wirke, sprach auch Katharina Besier. Diesem nicht zuletzt durch die Politik vorangetriebenen Rationalisierungszwang müsse man durch politisches Engagement entschieden entgegen treten. Katharina Besier betonte die Bedeutung von Familie oder Betriebsgemeinschaft, die es ermöglichen, sich Freiräume für das politische Engagement zu schaffen.

## Solidarität und gefühlte Werte

Unter den Teilnehmern herrschte in der gemeinsamen Diskussion viel Einigkeit. Es wurde deutlich, dass sich ein bäuerlicher Betrieb nicht durch starre Kriterien wie etwa der Betriebsgröße in Tier- oder Hektarzahl definieren lässt. Wichtiger seien vielmehr die Betriebsstruktur und die Ver-

hältnisse, in welchen gewirtschaftet wird: Ergänzen sich die Betriebszweige, werden Stoffkreisläufe angestrebt, ist der Hof lebendig in dem Sinne, dass viele Menschen dort leben und arbeiten können? Oft wurden auch gefühlte Werte genannt, welche Bäuerlichkeit auszeichnen: Mitgefühl mit dem Tier, ein Gefühl für die Schönheit der Landschaft und das Gefühl des Miteinanders, der Solidarität, des Verantwortlichseins füreinander und für die Welt, in der wir leben. Vor allem durch Politik und Industrie geschaffene Strukturen wurden als hinderlich für eine bäuerliche Landwirtschaft benannt. So vielfältig die Probleme, so breit gefächert wurden aber auch Möglichkeiten aufgezeigt, etwas gegen unsinnige Politik und Konzernmacht und für das selbstbestimmte Wirtschaften der Bauern zu tun: Sei es nun der direkt vermarktete Käse, welcher durch Geschmack und Qualität Menschen zu überzeugen vermag oder öffentlichkeitswirksame Aktionen auf Gentechnik-Äckern, die Ungerechtigkeiten in den Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit rücken. Im Anschluss an die Diskussion zog Matthias Stührwolfdt mit seinen urkomischen bis zutiefst bewegenden Geschichten aus dem bäuerlichen Alltag die Zuhörer in seinen Bann.

## Sonnenbrand und Zukunftspläne

Nach einem beeindruckenden Vortrag zu den Herausforderungen der Landwirtschaft der Zukunft, die AbL-Geschäftsführer Georg Janßen an den zahlreichen Aktionen und Initiativen der AbL aufzeigte, rauchten dann am Samstag die Köpfe in der Kleingruppenarbeit. Bei strahlendem Sonnenschein wurde im Freien konferiert. Gearbeitet wurde zu den Themen: Praxis der bäuerlichen Landwirtschaft, Landwirtschaftliche Ausbildung, Existenzgründung, Ernährungssouveränität,

Gentechnik und Milchpolitik. Am Abend war dann auch kaum ein Gesicht ohne Sonnenbrand. Der Tag klang um das Lagerfeuer herum oder tanzend und musizierend bei der Jam-Session im Herrenhaus aus. Trotz des bunten Abend- bzw. Nachtprogramms ging es am Sonntag hochkonzentriert ins Plenum. Die Arbeitsgruppen stellten ihre Ergebnisse vor und gaben einen Ausblick, wie in Zukunft auf den erarbeiteten Grundlagen weitergearbeitet werden könnte. Zentrale Forderungen aus den Arbeitsgruppen an die Politik waren unter anderem, das Recht auf Ernährungssouveränität in Deutschland im Grundgesetz zu verankern, Entscheidungsprozesse wie zum Beispiel über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen durch Volksentscheide zu demokratisieren und die durch Verunreinigung mit gentechnisch veränderten Pflanzen entstehenden Kosten nach dem Verursacherprinzip zu handhaben. Im Workshop zur Milch, an dem auch Ilona Zeimens und Nadine Reichel vom BDM Young mitwirkten, wurde der Zusammenschluss der Milchbauern im Milchboard als wichtigste Voraussetzung genannt, um über eine Mengensteuerung den Bauern zu mehr Marktmacht und somit angemessenen Preisen zu verhelfen. Als offizielle Ansprechpartnerinnen der jAbL wurden Johanna Besier und Rebecca Simon benannt. Organisatorisch hat sich die jAbL darauf geeinigt, in thematischen Untergruppen zu den Schwerpunkten EU-Agrarpolitik nach 2013, Ernährungssouveränität sowie Bildung und Öffentlichkeitsarbeit weiter zu arbeiten. Die Tagung soll einmal jährlich fortgesetzt und auf diesem Wege viele junge Leute informiert und für ein politisches Engagement für die bäuerliche Landwirtschaft gewonnen werden. In diesem Sinne: Bäuerliche Landwirtschaft hat Zukunft!

Anneke Jostes



## Gentechnikfreier Hochschultag

Mit dem ersten bundesweiten „Gentechnikfreien Hochschultag“ am 16. April setzten Studierende im ganzen Bundesgebiet ein klares Zeichen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft sowie für gentechnikfreie Lebensmittel. Die Studierenden fordern eine ökologische, dem Menschen dienende Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung. Initiiert wurde der Tag durch „Witzenhäuser Agrar-Studierende, Landwirte und Gärtner für eine gentechnikfreie Landwirtschaft“. An nahezu allen Agrarfakultäten Deutschlands fanden Demonstrationen oder Informationsveranstaltungen statt. Negativ leuchtendes Beispiel einer auf Biotechnologie ausgerichteten Universität ist die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen. Ira Heilberg, die dort studiert, berichtet von einseitigen Vorlesungen und mangelnder kritischer Hinterfragung. Der Hochschultag weist auf den weltweiten Aktionstag der internationalen Bauernbewegung „La Via Campesina“ hin, welcher einen Tag später, also am 17. April stattfindet. ch



Voller Elan. Bei Sonnenschein und Frühlingswärme tagt die junge AbL in Lohra/Thüringen Foto : jAbL

## EU-Millionen nicht für Bauern

„And the winner is...“ wieder einmal hat die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) die Empfänger der Agrarsubventionen der EU veröffentlicht. Seit die Transparenzinitiative dies durchgesetzt hatte, gibt die Veröffentlichung der neuesten Zahlen Anlass zu Diskussionen über die Förderpraxis der EU-Agrarpolitik. Die höchsten Subventionen erhielt der Bremer Nordmilch-Konzern (51 Millionen Euro), gefolgt von Südzucker (42 Millionen) und dem Zuckerhändler Pfeifer und Langen (17 Millionen). Zudem sind agrarferne Konzerne wie RWE (589 000 Euro), BASF (197 000 Euro) und der Waffenkonzern Rheinmetall (83 000 Euro) als große Land- oder Waldbesitzer unter den Empfängern. Bauern und Bäuerinnen finden sich in den oberen Rängen erwartungsgemäß nicht. Dass große Molkereien wie Nordmilch, Omira (12,6 Millionen), die Bayerische Milchindustrie (10,8 Millionen) und Campina (2 Millionen) dies Jahr zu den Gewinnern im Subventionsabziehen gehören, hat mit dem Eingreifen der EU in den Milchmarkt über Exportförderungen zu tun. Während Nordmilch behauptet, damit bäuerliche Existenzen gesichert zu haben, kritisiert die Oxfam-Agrarreferentin Marita Wiggerthale: „Nordmilch hat den Bauern 2009 sehr niedrige Milchpreise gezahlt. Gleichzeitig hat der Konzern bei den Exportsubventionen dick abgesahnt. Und dann hat der Konzern zuvor auch noch Arbeitsplätze abgebaut.“ cs

## Putenbrüterin wird Ministerin in Hannover

Mit der Neuen in Hannover „ziehe die Lobby direkt im Ministerium ein“, so der grüne Landtagsabgeordnete und agrarpolitische Sprecher Christian Meyer zur Ernennung von Astrid Grotelüschen zur Landwirtschaftsministerin in Niedersachsen. Sie tritt die Nachfolge von Hans-Heinrich Ehlen an, der, so die AbL-Pressemitteilung, „seine Agrarindustrie-Politik noch durch sein bäuerliches Gehabe zu kaschieren suchte.“ Die CDU-Bundestagsabgeordnete Grotelüschen kommt vom agrarindustriellen Fach, heiratete sie doch vor zwanzig Jahren in die südoldenburgische Putendynastie Ahlhorn ein. Fünf Mio. Mastputenküken produzieren ihre Brütereien für die Vertragsmäster. Damit sind sie die Nummer zwei in Deutschland. Das jemand aus diesem Beritt nun die Nummer eins im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium wird, sei eine „tolle Chance“ fürs Oldenburger Land, so ein CDU-Kollege. cs

## Tierschutz im Wahlkampf

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nordwestdeutschlands (ISN) hat eine Wahlempfehlung für die anstehende Landtagswahl in NRW zugunsten des amtierenden Landwirtschaftsministers Eckard Uhlenberg und damit der CDU ausgesprochen. In dem Zusammenhang hatte sie die ehemalige grüne NRW-Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn dafür kritisiert, dass sie sich für die Verankerung des Tierschutzes im deutschen Grundgesetz und in der NRW-Verfassung eingesetzt hatte. Für den agrarpolitischen Sprecher der Grünen im Bundestag und Bauer, Friedrich Ostendorff, macht das deutlich, „welche Bedeutung die ISN dem Tierschutz beimisst: keine!“ Damit demonstrierte die ISN, so Ostendorff, dass sie nicht für die breite Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern, sondern allein für die kleine Minderheit der Massentierhalter stehe, die das Land mit immer größeren Massentierhaltungsanlagen verbauten und damit bäuerlichen Betrieben Entwicklungsmöglichkeiten nähmen und die Landwirtschaft bei der Bevölkerung insgesamt diskreditierten. „Diese mögen in der Tat durch Herrn Uhlenberg gut vertreten sein.“ cs

## Agrar-Spekulationsblase

Angesichts der Finanzkrise setzen derzeit viele Spekulanten auf steigende Agrarrohstoffpreise infolge steigender Nachfrage aus den Schwellenländern bei gleichzeitig sinkenden Anbauflächen. Die Finanzzeitung *Cash* nennt hier u.a. den Hedgefonds Quantum (Gründer: Jim Rogers und George Soros), Robeco, Pioneer Funds, DWS oder RCM/Allianz Global Investors. Die Preise an den Warenterminbörsen seien längst spekulativ überhöht, ein Großteil der Umsätze an den Terminmärkten entfalle auf Finanzinvestoren und übersteige die kommerzielle Nachfrage nach Nahrungsmitteln oftmals um ein Vielfaches. *Cash* warnt deshalb vor einem Platzen der Spekulationsblase. pm

Kurzes am Rande

# Mangelndes Problembewusstsein

Landtagskandidaten in NRW stellen sich BDM und AbL

Drei Wochen vor der Landtagswahl in NRW hatten die BDM-Teams Bergisch-Land und AbL-NRW zu einer Podiumsdiskussion im Kulturbahnhof Overath eingeladen. Milchbauer Michael Alterauge vom BDM-Team Olpe stellte fest, dass vor allem eine völlig unzureichende deutsche Milchpolitik ohne die steuernden Instrumente einer Mengenbegrenzung für die nach wie vor existenzbedrohende Situation der deutschen Milchviehalter verantwortlich sei. Aus entwicklungspolitischer Sicht stellte Armin Paasch von Misereor die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf die problematische Ernährungssituation in den Entwicklungsländern dar. Trotz GAP würden weltweit eine Milliarde Menschen hungern. Zwar gäbe es aktuell gerade keine Milchseen, Butterberge und Exportsubventionen, dennoch wirke das Bestreben der GAP, möglichst hohe Marktanteile am weltweiten Wettbewerb zu erzielen, auf die Märkte der Entwicklungsländer zerstörerisch. Rohstoffe wie die Milch können aber nur billig angeboten werden, weil das europäische Subventionssystem die nicht wettbewerbsfähige Produktion stütze. Das eindeutige Fazit aus entwicklungspolitischer Sicht lautet daher, die Überproduktion

der Kulturlandschaft und Umweltschutz wichtige Aufgaben der Landwirtschaft. Sie forderte für die Landwirte eine Qualitätsoffensive. Die industrielle Landwirtschaft mit Produzenten, die lediglich Rohstofflieferanten seien, könne diese Forderungen nicht erfüllen. Rainer Deppe (MDL-CDU), ausgebildeter Landwirt, Rheinisch-Bergischer Kreis, sah keinerlei zukünftige Probleme für die Landwirte in seiner Umgebung. Im Gegenteil, er zeichnete ein Bild von freien Landwirten, die tun und lassen oder auch anbauen könnten, was sie wollten. Die Situation auf dem Weltmarkt biete Landwirten gute Chancen und tolle Perspektiven. Holger Ellerbrock (MDL-FDP), Wahlkreis Duisburg, erklärte den ZuhörerInnen, dass Preise auf dem Markt gebildet würden und freut sich auf das Jahr 2016. Dann sei die Landwirtschaft als Wirtschaftszweig anerkannt, für sie gebe es europäische Einheitsregelungen und keine Sonderwege einzelner Staaten/Länder. Eine „Geiz ist Geil – Mentalität“ gebe es auch nicht mehr. Der ländliche Raum werde nicht mehr der Freiraum für verschiedene „ökologische Spielarten“ sein und die Freihaltung der Kulturlandschaft solle auf Staatskosten geschehen. Norwich Rüße (Landtagskandidat für BÜNDNIS 90/GRÜNE), Bio-Bauer aus dem Kreis Steinfurt wäre glücklich, wenn die Landwirte durch seine Politik im NRW-Landtag 2016 noch gute Perspektiven hätten. Für ihn sind die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe, sowie eine strukturelle Entwicklung und technischer Fortschritt zur Arbeitsentlastung nicht widersprüchlich.

## Tiefe Gräben

Die anschließende Diskussion offenbarte tiefe Gräben zwischen den Zuhörern und vor allem den aktuellen Koalitionspartnern. Die gebetsmühlenartigen Wiederholungen und vernagelten „der-freimüsse eingeschränkt werden. Eine Mengensteuerung, wie von BDM/ABL gefordert, ist auch für Armin Paasch ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung.“ Botschaften sowie das erschreckende Fehlen eines Problembewusstseins um die wirtschaftliche Situation der Milchviehbetriebe in den Bergischen Kreisen, haben jegliche Hoffnung auf politische Fortschrittlichkeit und Entwicklung bei der gegenwärtigen Landesregierung zunichte gemacht. Die Kandidatin der SPD signalisierte zumindest Lernbereitschaft und der Grüne Kandidat sollte seine Chance bekommen, um in die Pflicht genommen zu werden.

Petra Hoffmann-Hochhardt,  
BDM- und AbL-Milchbäuerin



Steht kurz bevor: Die Wahl in NRW

Foto: Hauck/pixelio

Die anwesenden Landtagskandidaten von CDU, SPD, FDP und B90/Die Grünen wurden aufgefordert, ihre „Visionen“ Landwirtschaft im Jahr 2016 darzustellen. Annette Watermann-Krass (MDL-SPD), von einem Münsterländer Bauernhof stammend, Wahlkreis Warendorf, sah in den Punkten Ernährungssicherheit, Erhal-

## Visionen?

Die anwesenden Landtagskandidaten von CDU, SPD, FDP und B90/Die Grünen wurden aufgefordert, ihre „Visionen“ Landwirtschaft im Jahr 2016 darzustellen. Annette Watermann-Krass (MDL-SPD), von einem Münsterländer Bauernhof stammend, Wahlkreis Warendorf, sah in den Punkten Ernährungssicherheit, Erhal-

# „Versöhnung zwischen Mensch und Tier“

Institut für Theologische Zoologie sichtet Bibelaussagen zum Tier

Vor Gott sind alle Lebewesen gleich, der Mensch ist nicht die Krone und auch nicht das Ziel der Schöpfung, er ist als „Gottes Ebenbild“ mit der Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung betraut und kann diesem Auftrag nur mit Ehrfurcht und Respekt vor den Tieren gerecht werden. Dies sind zentrale Aussagen des „Instituts für Theologische Zoologie“ in Münster, geleitet vom Theologen und Verhaltensbiologen Dr. Rainer Hagencord. Mitten in einer Tierhaltungsin-tensivregion sichtet er die christlichen Aussagen zu den Tieren – für ein neues Verhältnis zu Tier, Natur und Schöpfung und für einen neuen Bezug zum Leben und zu bedrohlichen globalen Zusammenhängen.

## Die Tiere in der Bibel

In der Bibel haben die Tiere einen hohen Stellenwert: Im Paradies stellt Gott dem Adam neben der Gefährtin auch die Tiere an die Seite, Noah holt zwei Tiere jeder Art auf seine Arche, Ochs und Esel stehen an der Krippe, Jesus lebt in der Wüste 40 Tage mit den „wilden Tieren“ zusammen, Jesus reitet auf einem Esel in Jerusalem ein... Aber die Theologen der letzten Jahrhunderte haben die Tiere beiseite geschoben und sie wie der Philosoph Descartes eher als „seelenlose Automaten“ und auszubeutende Sachen begriffen. In der Amtskirche setzt sich diese Tradition fort, auch wegen mannigfacher Rücksichtnahmen auf Lobby-Gruppen. In der Schöpfungsgeschichte ist der Schaffung des Menschen beileibe kein eigener Tag gewidmet – am 6. Tag werden Tiere und Menschen gemeinsam geschaffen. Und auch nicht dieser Tag ist das Ziel von Gottes Schöpfung, sondern der 7. Tag (der Sabbat bzw. der Sonntag), an dem die Schöpfung insgesamt existiert – als Tag des Friedens der Kreaturen untereinander.

Auch Gottes Auftrag an die Menschen, sich die Erde untertan zu machen und über die Tiere zu herrschen, liest sich im hebräischen Urtext nicht als Freibrief zur Ausbeutung, sondern als verantwortliche Aufgabe, „wie ein guter König für seine Schutzbefohlenen zu sorgen“. Der Mensch als „Ebenbild Gottes“ ist das einzige Geschöpf, das in Stellvertretung Gottes diese Aufgabe übernehmen kann.

## Gottesunmittelbarkeit der Tiere

Und die „Grausamkeiten“ und das „Fressen- und Gefressenwerden“ unter den Tieren? Hagencord: „Selbst eine Katze, die mit der Maus spielt, um sie im

nächsten Augenblick umzubringen, handelt nicht bewusst und sadistisch – das bleibt uns Menschen vorbehalten.“ Laut Franz von Assisi sind die Tiere nicht wie die Menschen aus dem Paradies vertrieben worden – sie haben ihre „Gottunmittelbarkeit“ behalten und leben im Augenblick (was wir mit viel Meditation anstreben). Der aus dem Paradies vertriebene Mensch hat diese unmittelbare „paradiesische“ Verbindung zwischen Geschafensein und Handeln verloren, das Tier aber hat nicht wie wir die Verantwortung und Chance, das Leben zu gestalten – und auch nicht die Last, sich vor Leiden und Tod zu sorgen, mit Schuld und Verantwortung umzugehen, die eigene Identität zu finden und den Sinn des Lebens.

## Tiere kommen in den Himmel

Hagencord: „Stellen Sie sich den umgekehrten Fall vor – dass nur der Mensch auferstehen sollte, wie viele Christen glauben. Dann stellt sich die Frage: Welcher Mensch? Nur der homo sapiens, der homo erectus aber nicht?“ Der Theologe verweist auf Darwins Erkenntnis von der Entstehung der Arten ebenso wie auf die genetischen Übereinstimmungen und Verwandtschaften im Erbgut von Tieren und Menschen, auf den nur graduellen Unterschied zwischen Menschen, Primaten und Meeressäugern hinsichtlich Bewusstsein, Emotionen, Denkfähigkeit und Kulturvermögen. „Auch Tiere haben eine Seele – als poetischer Ausdruck für das unauslotbare Rätsel unserer Existenz“, das beide aus der Hand eines liebevollen Gottes haben – beide tragen das Geheimnis des Lebens in sich.

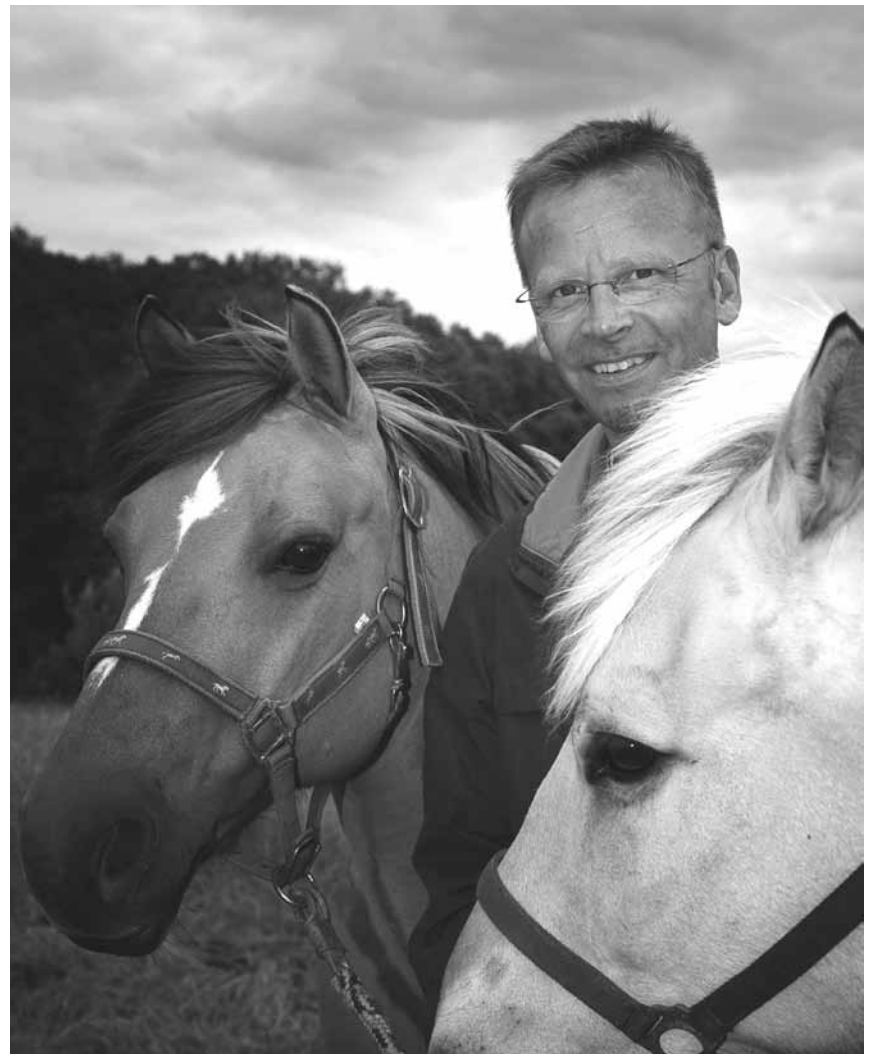
## Tierhaltung und Konsum

Hagencords Schlussfolgerungen sind radikal: Er prangert die Missstände und Verstümmelungen der Tiere in der Massentierhaltung an, fordert politische Maßnahmen dagegen und auch individuelle Verantwortlichkeit. Er berichtet über eine intensive Diskussion mit Schweinehalterinnen bei einer Landfrauenversammlung. Trotz allen Engagements der Bäuerinnen für die Tiere – er stellt die Möglichkeit des „Guten in einem schlechten System“ in Frage: „Wer Massentierhaltungsfabriken und deren Geschäft bewusst unterstützt, muss sich fragen lassen, ob dies der Würde des Tieres und seinen Bedürfnissen entspricht. Wer wider besseres Wissen Billigfleisch aus dem Supermarktregal nimmt, obwohl er genug Geld für den Biometzger besitzt, der

handelt nicht besser.“

Hagencord predigt wie Jesus keine Askese, aber ein Ende des bedenkenlosen globalen Fleischkonsums und eine neue Ehrfurchthaltung vor allem, was lebt. Hagencords Institut

will seine Botschaft der „theologischen Zoologie“ in Amtskirche, Gemeinden, Kindergärten, Bildungseinrichtungen, Landwirtschaft, Supermärkte, Gesellschaft und Politik tragen. *Eckehard Niemann*



Theologe und Verhaltensbiologe Dr. Rainer Hagencord

Foto: Lichtenscheidt

## Bürgerinitiativen treffen Wesjohann

Zu dem vom Grünen-Abgeordneten Friedrich Ostendorff veranstalteten Fachgespräch „Bauernhöfe statt Agrarfabriken – politische Schritte zu einer artgerechten Nutztierhaltung“ waren am 19.4. viele Vertreter von Bürgerinitiativen nach Berlin gekommen. Über die Massentierhaltung und die Probleme des Widerstands berichtete Klaus Richter von der BI Billerbeck, Dr. Ammann schilderte die bedrohlichen Keimbelastungen im Umkreis der Agrarfabriken, über die begrenzten Regelungsmöglichkeiten der Kommunen informierte Stefan Keller vom Städte- und Gemeindebund NRW. Den viel beachteten Input für die von Tanja Busse (WDR) moderierte Diskussion lieferte Dr. Hagencord mit seinen deutlichen Aussagen zur christlichen Haltung gegenüber den Tieren. Wolfgang Apel (Deutscher Tierschutzbund), Jochen Dettmer (Neuland), Bärbel Höhn (Grüne) und Eckehard Niemann (Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken) forderten veränderte politische Vorgaben und setzten sich mit dem ebenfalls anwesenden „Wiesenhof“-Seniorchef Paul Heinz Wesjohann auseinander. Dessen Ausführungen zu seiner christlichen Haltung, zu seinen „Verbesserungen“ in der Geflügelhaltung, zu den Vorgaben der Verbraucher und der Politik sowie zu den Zwängen der Globalisierung blieben nach Ansicht fast aller Teilnehmer hohl und wurden sogar als „zynisch“ bezeichnet. Die Anwesenden zeigten sich entschlossen, Agrarfabriken weiter zu verhindern und bessere Regelungen im Bau-, Tierschutz-, Subventions-, Umwelt- und Verbraucherinformationsrecht durchzusetzen. *en*

## Folgarts Käufe

Heftige Empörung gab es bei den Landwirten im Havelland wegen einer „groß angelegten Einkaufstour“ seiner Agrargesellschaft Uetz-Bornim: Bauernverbandsvize und SPD-Landtagsabgeordneter Udo Folgart ist 100-prozentiger Gesellschafter, an dem Firmengeflecht aus mehreren Agrarbetrieben ist aber ein Unternehmensberater, Möbel- und Immobilienhändler aus Nordrhein-Westfalen beteiligt. Durch einen Serienbrief bot Folgart mehreren Besitzern von Land an, deren Flächen zu kaufen, auch wenn diese noch verpachtet waren. Das brachte die benachbarten Agrarbetriebe in Rage. Erst als Folgart behauptete, er sei über den Brief „nicht ausreichend informiert“ gewesen und mit einem „Ehrenwort“ eine Wiederholung ausschloss, wurden die Austrittsdrohungen gegenüber dem Bauernverband zurückgenommen. Auch in Thüringens Bauernverband gab es vor einiger Zeit heftigste Proteste gegen den Versuch von Bauernverbandspräsident Klaus Kliem, die von ihm geleitete Groß-Agrargesellschaft ADIB durch eine „feindliche Übernahme“ der benachbarten Agrar-Betriebsgesellschaft BEAG auf weit mehr als 10.000 Hektar zu vergrößern. *en*

## Josef Böck feiert 90. Geburtstag

Josef Böck ist ein großer Pionier der bäuerlichen Landwirtschaft. Zunächst hatte der Bauer aus Bubesheim (Schwaben) noch lange Jahre vergeblich versucht, innerhalb des Bayerischen Bauernverbandes die agrarpolitischen Interessen für Bauern wirkungsvoll zu vertreten. Schon vor 30 Jahren kehrte er dem Bauernverband den Rücken und legte mit einigen Mitstreitern den Grundstein für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Bayern und war dort erster Ansprechpartner. Unermüdlich ist sein Einsatz für Bauernhöfe statt Agrarfabriken auf vielen Veranstaltungen und Demonstrationen. Mit dieser Forderung stellte er sich einst mit einem selbst gemalten Schild mitten in die Eingangshalle des Deutschen Bauerntages, sehr zur Verwunderung und Verärgerung einiger Bauernverbandsfunktionäre. Mit diesem Bild schaffte er es nicht nur auf die Titelseite der „Bauernstimme“, sondern war auch über Monate Bestandteil einer Foto-Ausstellung über Deutschland des Deutschen Museums in Bonn. Josef Böck ist 90 Jahre alt – die AbL gratuliert herzlich und sagt DANKE. *gj*

## Klage vor Gerichtshof für Menschenrechte

Seit vier Jahren wartet der Bauer Franz Joachim Bienstein und seine Familie auf die Aufnahme eines Berufungsverfahrens vor dem Landgericht in Berlin. Er hatte als Wiedereinrichter gegen die wettbewerbsverzerrende Vergabepaxis von Land aus dem ehemaligen Volkseigentum der DDR durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH (BVVG) geklagt. Er wird unterstützt durch die AbL, die seinen Fall für eine bewusste Verschleppung des Verfahrens hält, die ganz im Sinne der Bundesregierung ist. Hintergrund ist ein Hauptprüfungsverfahren der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland mit der Aufforderung, wettbewerbswidrige Regelungen bei der Flächenvergabe zu ändern. Die endgültige Einstellung des Hauptprüfungsverfahrens steht unter der entscheidenden Bedingung, dass keine weiteren Klagen oder Beschwerden gegen die Privatisierungspraxis der BVVG vorgebracht werden. Die AbL wirft der Bundesregierung vor, zur Vermeidung eines Hauptprüfungsverfahrens die EU-Kommission über die tatsächliche Situation getäuscht und zwei laufende Verfahren von AbL-Landwirten gegen die BVVG verschwiegen zu haben. In einem internen Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) an das Bundesfinanzministerium (BMF), zuständig für die BVVG, wird an das BMF appelliert, die BVVG unbedingt zu Vergleichsverhandlungen zur Abwendung „politischer Turbulenzen“ anzuhalten. *pm*

## Zuckerrohr-Sklaven

Brasiliens größter Zucker- und Ethanol-Hersteller Cosan wurde kürzlich vom Arbeitsministerium auf die „schmutzige Liste“ der Unternehmen mit sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen gesetzt. Erst nach einer richterlichen Anordnung wurde der Vermerk gelöscht, nachdem der US-Handelskonzern Wal-Mart die Lieferverträge storniert hatte und der Cosan-Aktienkurs gefallen war. Nach Angaben der katholischen Landseelsorge CPT ist die Zuckerindustrie im Bundesstaat Sao Paulo technisch, modern und sozial genau so rückständig wie im brasilianischen Nordosten. Die Bilanz der Regierung Lula sei widersprüchlich – echtes Engagement des Arbeitsministeriums gegen die Sklavenarbeit stehe neben einer schrankenlosen Ausbreitung von Monokulturen. *pm*

Kurzes am Rande

# Stressfrei Schlachten

AbL und Bioland diskutieren gemeinsam neue Modelle

Die von AbL und Bioland organisierte Veranstaltung zeigte, wie wichtig und zukunftsweisend das Thema stressfreie Schlachtung ist, v. a. im Hinblick auf aktuelle Fernsehberichte über Zustände in Großschlachthöfen. Unter den fast 50 Besuchern waren viele Landwirte, aber auch einige Tierärzte, Metzger und Verbraucher. Direktvermarkter wissen, dass ihre Kunden bewusst nach Herkunft und Qualität des Fleisches fragen. Zwischen Fleischqualität und Stress, den die Tiere (auch kurz vor dem Schlachten noch) erleiden, besteht nachgewiesenermaßen ein enger Zusammenhang. Vor allem für Mutterkuhhalter ist diese Tatsache oft ein Problem, weil Tiere, die größtenteils auf der Weide gehalten werden, eben nicht stressfrei

der Verbraucher und der Bauer. Auch aus tiermedizinischer Sicht gibt es keine Abstriche, berichtete der Referent Ernst Hermann Maier von Uria e.V., einem Verein zur Förderung einer neuen Art der Tierhaltung. Herbert Siegel von der AbL Allgäu sprach von einem Zukunftsmodell, das Nischenlösungen ermöglicht bzw. erleichtert. Unter dem Motto flexibel, bewusst und regional. Ernst Maier war sein über viele Jahre und durch viele Erfahrungen erworbenes Fachwissen anzumerken, ebenso die persönlichen Einschnitte die er dafür in Kauf genommen hatte. Die jetzige Art, die Tiere nach viel Transport(stress) in Großschlachthöfen mit riesigen Durchsatzzahlen am Fließband zu schlachten, ist für ihn ein Fehler, ein anderer



v.l.: Biolandberater Allgäu Martin Härmlle, Agrarrebell Ernst Maier, AbL Allgäu Herbert Siegel

Foto: AbL-Allgäu

in ein Transportfahrzeug und zum Schlachten verbracht werden können.

Gerade hier setzt die so genannte mobile Schlachtbox (MSB) an. Das Tier wird auf dem Hof in gewohnter Umgebung ohne Transport und den damit verbunden Stress geschlachtet. Der Aufwand ist nicht unbedingt erhöht, es werden aber neue Ansätze von Tierversändnis bei dieser Art der Schlachtung berücksichtigt. Es ändern sich nur die Abläufe, das Tier gewinnt, ebenso

Umgang mit den Tieren sei dringend nötig. Natürlich muss sich dies im Preis ausdrücken, aber in Zeiten des bewussteren Umgangs mit Fleisch scheint sich auch hier etwas zu bewegen, denn vielen Kunden ist inzwischen ein verantwortungsvoller Umgang mit den Tieren ebenso wichtig wie die Qualität. Manch ein Besucher kam interessiert und ging nachdenklich mit anderen Anschauungen nach Hause.

Michael Finger, AbL-Allgäu

## Kühe auf der Kö

Demo auf Düsseldorfs Luxusmeile

Rund 150 Milchbauern mit ihren Familien, darunter auch einige aus dem Kreis Soest, ziehen demonstrativ durch die Düsseldorfer Königsstraße, um einerseits auf ihre miserable finanzielle Situation hinzuweisen. Andererseits wirbt man für die nun auch bald in NRW selbstvertriebene Milch der Marke „Die Faire Milch“. Nicht schlecht staunten die Passanten der Kö, als hupende Pick Up's mit lebensgroßen schwarz-rot-goldenen Kühen, Kinder mit Trampeltrecker und Bauern mit Transparenten und Fahnen vor das Verwaltungsgerichtsgebäude zogen. Hier galt ein besonderes Augenmerk

der Demonstranten der Unterstützung des Milchbauern Elmar Hannen aus Kleve. Dieser klagt gegen das Land NRW und somit gegen den Ministerpräsidenten Herrn Rüttgers auf Schadensersatz von 93.000,- Euro allein für ein Jahr Milchgeld. Grund: Uns wird 1,5 Cent pro Liter Milch von unserem Erlös für die Verpackung wegen des Grünen Punktes abgezogen. Gleichzeitig zahlt der Verbraucher ebenfalls die Entsorgung der Verpackung. Das ist ungerecht, betonte Herr Hannen, da auch nicht erkennbar sei, wofür das Geld verwendet wird.

F.-J. Dohle, BDM und AbL-Milchbauer

**Betriebsspiegel:**

7 ha Ackerbau: Gemüse, Klee, Luzerne, Sommerweizen und Roggen  
zwei Kühe, Ziegen und im Winter zwei Schweine

Die Domestikation des Rindes, eine Kulturleistung, die über Jahrtausende etwas gezüchtet hat, das aus Gras und sonstigen Pflanzen Milch, Fleisch und Mist machen kann, war bis dato eigentlich nie ein Problem.

„Eine Kuh deckt alle Armut zu“ ist eine bis heute gültige Feststellung in vielen Teilen der Erde. Mit der Kuh kamen der Klee und der Wendepflug, inklusive feinsten Käsesorten. In der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts kam dann jedoch die Hybris ins Spiel, die Natur beherrschen zu können: Das Tier wurde zum Produktionsfaktor und jetzt ging die Post ab, in Sachen Hochleistung. Milchseen entstanden, aber nicht auf der Grundlage der Grasfütterung, sondern mit Hilfe vieler kleiner

Körner aus der ganzen Welt. Das war die moderne Landwirtschaft, die aus einem Kilo Kraftfutter zwei Liter Milch holte. Sogar manche Bauern glaubten diesen Schwachsinn, den die Kraftfutterindustrie samt Handel unter Zuhilfenahme mancher Wissenschaftler propagierte. Sogar tierisches Eiweiß für die Milch und Fleisch produzierende Maschine Kuh kam zum Einsatz, bis zum Waterloo dieser Ignoranten. Ein Irrtum, der im Grunde übrigens nie wirklich revidiert wurde.

Die Kuh wurde zum Körnerfresser und somit zum unmittelbaren Konkurrenten des Menschen. Die Produktionsverlagerung nach Südamerika etc. war dabei auch so ein logischer Schritt. Hauptsache billiges Fleisch und billige Milch. Wobei billig immer nur für Profit steht und Profit das Synonym für

Ausbeutung ist – der Kuh, der Bauern, der Ressourcen, der Natur als Ganze. Derzeit passiert nun etwas ganz Infames. Diese Radikalfütterung wird nun propagiert, um den Methanausstoß der Wiederkäuer zu verringern. In der Logik eines Joachim von Braun, dem Leiter des International Food Policy Research Institute, heißt es deshalb Methanverringerung durch Milchertragssteigerung – auch in der Dritten Welt. Auf der Agenda steht nicht der Kleinbauer, soviel ist klar, und die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, sind auch klar, dem Weltagrarbericht zum Trotz. Aber wir dürfen uns mitsamt unseren Kühen nicht verrückt machen lassen. Natürlich könnte man diesen Zinnober als das letzte Aufbäumen einer an ihre Grenzen gekommenen Wachstumsideologie begreifen, die sich

mit einem Methanvermeidungsmäntelchen zu retten versucht, was aber nicht funktionieren wird. Eine Landwirtschaft, die mehr Energie verbraucht, als sie schafft, ist grundsätzlich widernatürlich und deshalb langfristig zum Scheitern verurteilt. Dies wird sich vor dem Hintergrund der Energieverknappung mehr und mehr herausstellen. Die Landwirtschaft der Zukunft wird wieder eine Landwirtschaft der kurzen Wege sein und das geht nur mit einer Kuh, die kein Futter frisst, das der Mensch auch essen könnte. Onno Poppinga zitiert in der Bauernstimme 11/09 Professor Reichholz mit folgender Aussage: „Ein Huftierbestand, der direkt (und ohne Zufütterung) von der Eigenproduktion der Fläche lebt, auf der er sich befindet, stellt ökologisch keine Belastung dar.“ Das Regulatorisch ist also immer die Fläche und die darauf wachsenden Pflanzen in Bezug auf die Tiere, die davon ernährt werden. Den zukünftig von uns Bauern geforderten Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion können wir nur so leisten. Allein Mülldeponien, Biomasseverbrennung und Erdgasverluste bzw. der Kohlebergbau tragen bisher zu mehr als zwei Dritteln der Methanemissionen bei (ohne Berücksichtigung des Reisanbaus und die auftauenden Permafrostböden). Die Geschichte der Methanproblematik ist letztendlich eine anthropogene. Wenn nun vor allem der Wiederkäuer für die Methanemission verantwortlich sein soll, dann geht es hierbei wie immer um die Frage, wem nutzt eine solche Anschuldigung. Das sollten wir im Auge behalten.

*Herbert Ernst*

## Die Kuh – eine Ehrenrettung

Ich weiß nicht wieso und warum, und lach auch Gefahr, paranoid zu werden, aber woher wissen Tiere, speziell Rinder und Kühe, dass Herr und Frau Bauer mal ausnahmsweise Haus und Hof verlassen wollen, um auch mal anderes zu tun, als sich im Stall aufzuhalten.

In meinem Fall war es letzten Samstag, dass wir zum Abschlussball des Tanzkurses unseres Jüngsten aufbrechen wollten und prompt eine Kalbl sich entschloss, zu gebären. Ich bin ja schon erprobt in – sagen wir mal – „Katastrophenbewältigung“, aber warum immer dann, wenn es wirklich ungünstig ist. Egal, ob Herr Bauer einmal im Jahr für vier Tage zum Skifahren geht, ob Abiball der Großen ist oder ein Arzttermin anliegt, die Viecher machen einen Strich durch die Rechnung. Welcher Geist schwirrt durch den Stall, dass sie einem klarmachen, wohin frau wirklich gehört, nicht zum Amüsieren und Abschalten, sondern in den Stall. Was kam schon alles auf mich zu, von Fahrten in die Tierklinik, Schweregeburten mit anschließendem Bandscheibenvorfall, totale Überschwemmung auf dem Futtertisch, weil ein junger Rotzlöffel einen Wasserhahn aufleckte, von dem ich gar nicht wusste, dass der noch funktioniert, zwei toten Tieren, als der Bauer vom Skifahren heimkam über eine tote, hochtrachtige Kuh, die uns nach dem Abiball beglückte. (Übrigens, die lag dann übers Wochenende in der Hitze, streckte unsittlich und provozierend alle Viere von sich und wir dachten schon, dass sie wie ein Ballon davonschwebt, bevor der Abdecker sie abholen kommt). – Aber zurück



## DENKSTE!

zum Samstag, tagelang schauten wir und spekulierten, ob und wann sie uns wohl mit ihrem Nachwuchs beglücken wird. Natürlich geht man an solchen Tagen zeitig in den Stall, um keine Hektik aufkommen zu lassen, und prompt, nach getaner Arbeit, meldeten sich die Wehen. Alleine lassen will man die undankbare Gebärende als verantwortungsvolle Bauern ja auch nicht, also beschwört man sämtliche Heiligen, dass es ohne Komplikationen über die Bühne geht. So war es dann zum Glück auch, aber es war nicht mehr möglich, pünktlich zur Eröffnungspolnaise zu erscheinen. In 20 Minuten duschen, fönen, etc., oh wie ich diese Hetze immer mehr hasse, um dann total überhitzt, mit knallroter Rübe auf

dem Fest zu erscheinen. Ja, ich werde alt, denn so langsam überkommt mich immer mehr der Gedanke, ob es nicht besser wäre, lieber gleich zu Hause zu bleiben.

Nun ist es so, dass wir ja nur „läppische“ 45 Kühe haben und zu zweit mehr als genug eingespannt sind. Ich frage mich, was wird dann auf die wachstumsgeilen (Jung-)Landwirte zukommen, die die dreifache Menge an Kühen anscheinend problemlos verwalten wollen. Das sind dreimal so viele unvorhersehbare Zwischenfälle und der Tag wird dann auch nur 24 Stunden haben. Nehmen diese Unternehmer einen gewissen Kollateralschaden automatisch in Kauf oder erwarten sie dann, dass immer ein Altenteiler oder

sonstiges Familienmitglied parat steht, um auszuhelfen, oder muss die Ehefrau (wenn sie das Glück haben, eine zu finden), die Kindererziehung alleine schultern? Ist überhaupt noch die Zeit vorhanden, sich um Familie und evtl. Hobbies zu kümmern, damit Körper, Geist und Seele auch mal was anderes als Arbeit sehen? Ich kann es mir wirklich nicht vorstellen, dass dies zu schaffen ist, denn meine Erfahrung lehrt mich, dass wir die Grenze erreicht, wenn nicht schon überschritten haben, was zu bewältigen ist.

*Kordula Sirch*

**Betriebsspiegel:**

45 Schwarzbunte m. Nachzucht  
37 Dauergrünland,  
8 ha Mais/Kleegrass

## Getreidepreise unter Überschussdruck

Die Landwirte sitzen laut *Hannoverscher Allgemeinen* noch auf der Hälfte ihrer Getreideernte. Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Düngerpreise im Frühjahr 2009 seien die jetzt gebotenen Weizenpreise von 115 Euro je Tonne nicht kostendeckend. Vor einem Jahr lagen sie noch 10 Euro höher und im Boomjahr 2007 sogar bei 300 Euro. Damals hätten die hohen Preise zu einer weltweiten Ausdehnung der Anbauflächen geführt und infolge der so erzeugten Überschüsse zum jetzigen Preisverfall. Im Jahr 2010 würden dennoch etwa 3 % mehr Weizen und 1,5% mehr Raps angebaut – zu Lasten von Gerste (94 Euro je Tonne), Roggen und Triticale. Die Kontrakte für die neue Ernte lägen zwar um 10 Euro höher, aber das hohe Getreideangebot übersteige die heimische Nachfrage und müsse exportiert werden. Mittelfristig rechnen Marktbeobachter mit einem Wiederanstieg der Getreidepreise, wenn die Finanzkrise überwunden sei und durch den steigenden Erdölpreis die Produktion von Ethanol aus Getreide wieder rentabler würde. *pm*

## ZNVG-Daumenschrauben

Als „Anziehen der Daumenschrauben bei der Ferkelvermarktung“ titulierte *top agrar* die neue Regelung der schleswig-holsteinischen Zucht- und Nutzvieh-Vermarktungs-Gemeinschaft (ZNVG), in Zukunft nur noch Parteien von mindestens 400 Ferkeln ohne Abschläge zu handeln. Für geringere Parteien gibt es Abzüge von der Grundnotierung bis zu 8 Euro (bei weniger als 200 Ferkeln). Da eine Anpassung der Grundnotierung nicht erfolgt, geht die neue Mengensstaffel voll zu Lasten der Ferkelerzeuger. Die ZNVG ist selber Betreiber mehrerer riesiger Sauenställe in Ostdeutschland. *pm*

## Sojaanbau führt zu Rindfleischkrise

In Argentinien mit seinem starken Verzehr von Rindfleisch ist das Fleisch knapp. Das größte Rindfleischexportland muss womöglich sogar Importe zulassen. Die Ursachen laut *Frankfurter Sonntagszeitung*: der rasante Verlust von Weideflächen infolge des Anbaus von Soja, eine verheerende Dürre und die Agrarpolitik des Landes. Nachdem die hohen Fleischexporte die heimischen Preise anheizen, erließ die Regierung 2006 ein Exportverbot, um die Preise zu drücken und subventionierte jedes Masttier mit 50 Euro. Infolgedessen wurden viele Mastbetriebe neu gegründet, in denen die Rinder nicht auf der Pampa standen, sondern in Korralen mit Maisfütterung. Subventions-Optimierer schlachteten die Tiere schon mit 300 kg Gewicht, so dass infolge dieses „Kälber-Verbrauchs“ die Kälber knapp wurden. Angesichts drohender Stimmverluste bei den Wahlen darf laut Regierung jetzt nur noch der teure Teilstück exportieren, der auch den heimischen Markt zumindest mit geringerwertigen Teilstücken beliefert. *en*

Kurzes am Rande

# Stärkekartoffeln vor dem Aus?

Nach dem Ende der Marktordnung droht Preisdruck

„Verschenke Kartoffelstärke-Lieferrechte, zahle 100 € je Lieferrecht zu“ – so zahlreiche Anzeigen von Stärkekartoffel-Anbauern in den Landwirtschaftszeitungen. Die Rentabilität des Anbaus ist schon seit langem katastrophal, die Lieferverträge mit den Stärkefabriken beinhalten aber Lieferpflichten. Jetzt steht das Auslaufen der Marktordnung an: Der Anbau von Stärkekartoffeln war bisher durch Kontingente begrenzt. Diese staatlichen Quoten gaben die Stärkefabriken dann im Vertragsanbau an Bauern weiter. Die Fabrik bekam eine Verarbeitungsbeihilfe, die Vertragsbauern einen Mindestpreis je Tonne. Begründet wurde diese Regelung mit den Kosten der Erzeugung von Kartoffelstärke, die deutlich höher liegen als die Kosten bei der Stärkeerzeugung aus Weizen oder Mais.

### Mit Bauerngeld

Der Anbau von Stärkekartoffeln ist ein wesentliches Standbein vieler Betriebe im Umkreis der Stärkefabriken: Drei deutsche Konzerne betreiben die Produktion von Kartoffelstärke: die niederländisch-deutsche AVEBE (deutsche Werke: Dallun, Lüchow), Emsland Group (Emlichheim, Kyritz, Golßen, Wietzendorf) und Südstärke (Schrobenhausen, Sünching). Die meisten Bauern haben Anteile an diesen Firmen gezeichnet: Nicht nur wegen der einst lukrativen Lieferrechte, sondern teilweise auch gezwungenermaßen, weil die Fabrik ohne diese bäuerliche Kapitalspritze in den letzten Jahren schon wegen hausgemachter Fehler in Konkurs gegangen wäre. Trotz der schlechten Rentabilität des Anbaus sind viele Landwirte auf diese Frucht angewie-

sen, weil sie entsprechend in Maschinen investiert haben und ihre aussortierten (minderwertigen) Speisekartoffeln sonst nicht verwerten könnten. Diese Verwertung von Speisekartoffelresten und -überschüssen war bisher auch ein wesentlicher Stabilisator des Speisekartoffelpreises.

### Neue Berechnung

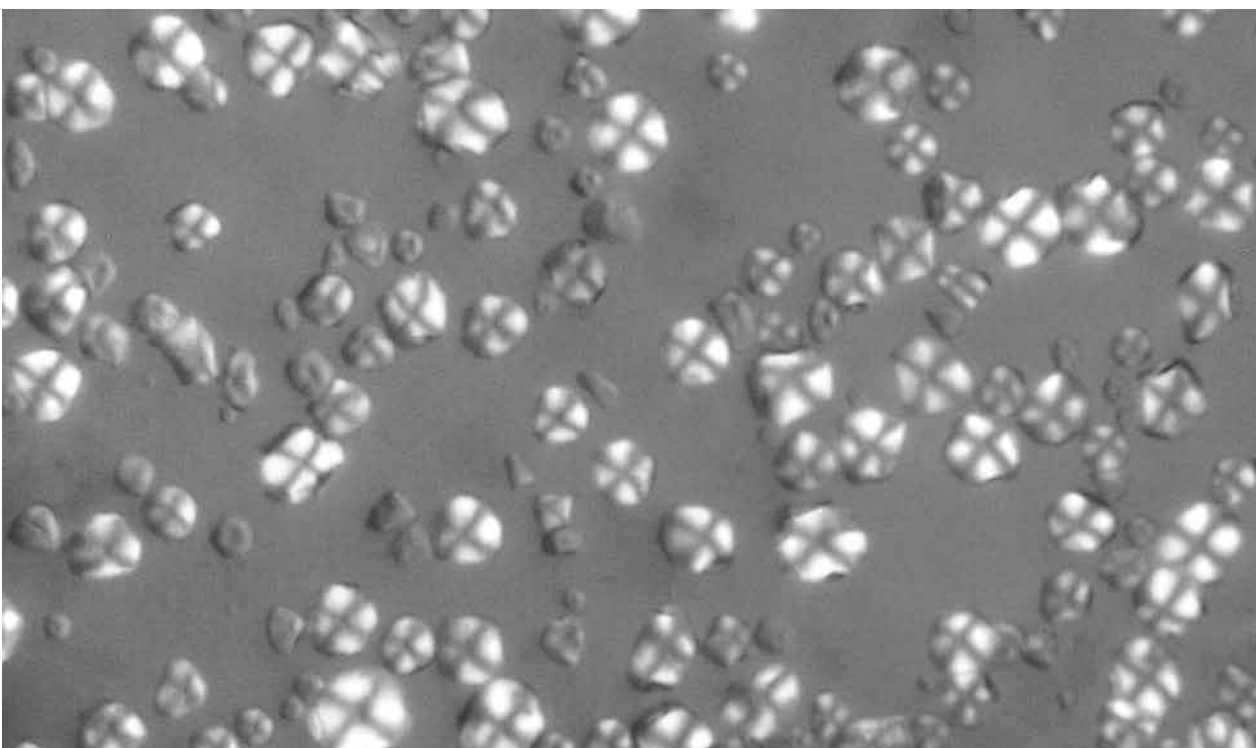
Nun werden die Quoten und Mindestpreise abgeschafft. Für Fabriken und Anbauer gibt es keine direkten Subventionen mehr, die bisher dafür aufgewendeten Summen werden auf die Flächenprämien aller Landwirte der jeweiligen Bundesländer aufgeteilt. Ab 2013 gibt es in Deutschland nur noch einen liberalisierten Markt für Stärke. Der Preis der Stärke wird dabei auch vom Preis der konkurrierenden Rohstoffe Weizen und Mais abhängen. Etwa 600 bis 1.000 Euro weniger Deckungsbeitrag je Hektar drohen derzeit.

### Verschärfter Konkurrenzdruck

Die Avebe als weltweiter Kartoffelstärke-Marktführer (im Aufsichtsrat sitzt Bauernverbands-Vize Werner Hilse) plant folgende Maßnahmen: Kostenführerschaft im verschärften Wettbewerb durch „weitere Optimierung der Produktion“, Wachstum durch Innovation vor allem auch im Lebensmittelbereich (die Kartoffelstärke geht bisher vor allem in die Papierindustrie) und Rationalisierung durch Zusammenarbeit mit anderen Herstellern (offen bleibt, ob damit neben der Emsland-Stärke auch Weizenstärke-Konzerne wie Cargill gemeint sind). Die Menge der unter Vertrag genommenen Kartoffeln will Avebe auf ca. 80 Prozent reduzieren, die man für „ordentlich vermarktbar“ hält. Es drohen verschärfte und ruinöse Kämpfe um Marktanteile. Viele Bauern vermuten, dass die Fabriken von der Kartoffel auf andere Billigrohstoffe überschwenken oder auf Billigstandorte in Osteuropa wechseln.

### Erzeugerpreise drücken

Das alles soll zu Lasten der Arbeitnehmer gehen (es gab bereits Streiks bei Avebe) und der Kartoffelbauern: Die Fabriken werden beim Abbau der Preise und Konditionen alle Landwirte ins Visier nehmen und gegebenenfalls große, kostenminimierende Betriebe in Fabriknähe und auf Gunstlagen bevorzugen. Steigen die Landwirte aus, und das überlegen viele, gehen ihre Anteile und die Verwertungsmöglichkeiten von Restkartoffeln verloren. Ohne einen Außenschutz gegen Dumpingangebote der US-Stärkekonzerne und ohne eine effektive und fabrik- und konzernübergreifende Interessenvertretung der Bauern wird es weder eine Mengenbündelung noch erfolgreiche Preisverhandlungen geben. *en*



Stärkemehl bei 800facher Vergrößerung mit einem Polfilter fotografiert.

Foto: Homann

# Lebenswertes Land durch kurze Wege

Arztpraxen und Dorfläden erhalten – Ländliche Nahversorgung sichern

Landarzt Doktor Matthiesen verlässt sein Stroh gedecktes Gutshaus und braust entspannt über idyllische Alleen zum nächsten langjährig bekannten Patienten. Derartig verklärt wie in der langjährigen ZDF-Serie sah das reale Bild des Landarztes zwar zu keiner Zeit aus. Doch schlechte Bezahlung und Überstunden führen dazu, dass sich immer weniger junge Mediziner zum Dienst auf dem Land berufen fühlen: Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) droht bis 2015 bundesweit ein Mangel an 21.000 Fachärzten und 20.000 Allgemeinmedizinern, da viele Ärzte demnächst in den Ruhestand eintreten. Längst berichten nicht mehr nur Lokalzeitungen darüber.

## In Berlin angekommen.

Zumindest fehlt es nicht an eiligen Vorschlägen. So wurde – angeregt durch Gesundheitsminister Rösler – über Stipendien für angehende Allgemeinmediziner diskutiert. Die meisten unbesetzten Hausarztpraxen gab es 2005 in Niedersachsen. Auch Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern stehen in den Statistiken ganz oben. Doch wie kommt es dazu, dass viele Arztpraxen nicht neu besetzt werden? In Gebieten mit niedriger Ärztedichte drohen nicht nur häufiger Notdienstschichten, sondern auch längere Sprechzeiten. Landärzte versorgen insgesamt oft mehr Patienten, die wegen der ländlichen Überalterung häufiger einen Arzt aufsuchen. Hat ein Arzt überdurchschnittlich viele Patienten, so erhält er von den Kassen pro Patient und Quartal nicht mehr die volle Summe. Um die Niederlassung von Ärzten in ländlichen Gebieten zu fördern, greifen die kassenärztlichen Vereinigungen (KV), Länder und Krankenkassen sogar auf finanzielle Anreize wie Umsatzgarantien zurück, so etwa in Sachsen. Eigene Praxen mit angestellten Ärzten betreibt die KV Thüringen. Sie unterstützt damit Berufseinsteiger, die die Investition in eine eigene Praxis scheuen.

## Zu wenig neue Praxen

Öffentlich diskutiert werden zusätzlich mehr ländliche Gemeinschaftspraxen, um Ärzte zeitlich zu entlasten. Das gleiche Ziel verfolgen die KVn mit der Einrichtung einer größeren Zahl fester Notdienstpraxen. Doch sollte laut KV-Pressreferentin Nadine Jahnz auch grundsätzlich überlegt werden, woran die Versorgung scheitert. Sie gibt die Quote der Studienabbrecher von 11 Prozent zu bedenken. Im Studium bilde der klinische Zweig gegenüber der Ausbildung niedergelassener Ärzte einen Schwerpunkt. Mecklenburg-Vorpommern finanziert daher eine Professur für Allge-

meinmedizin. Eine große Hürde, die Versorgung zu verbessern, stellen die Zulassungsregeln für Ärzte dar, so Jahnz. Seit Anfang der 90er darf sich in sogenannten über- und unterversorgte Gebiete in über- und unterversorgte Gebiete ist der Status Quo des Jahres 1993, der beibehalten wurde. Weder die Gebietsgröße, die Verteilung innerhalb der Gebiete noch Kliniken werden in der Bedarfsplanung berücksichtigt.

## Dienstleistungen wandern ab

Doch auf dem Land drängen nicht nur medizinische Versorgungsprobleme. Besonders für ältere Einwohner stellen weite Wege zum nächsten Supermarkt ein immenses Problem dar. Um dem zu

brechen auch andere Bereiche der Daseinsvorsorge weg: Bis 2011 will etwa die Post alle selbst betriebenen Filialen schließen. Da Einzelhandelsgeschäfte oft in ihrer Existenz gefährdet sind, können Postschalter nur bedingt ausgelagert werden. Wie die Genossenschaftsbanken im Februar mitteilten, werden sie künftig ins Postgeschäft einsteigen, so dass Kunden wenigstens einen Weg sparen können. Kurze Wege sind wichtig – auch Kommunikationswege wie das Internet, das für Landwirte eine wachsende Rolle spielt. Grund zur Hoffnung auf Breitband-Versorgung in dünn besiedelten Regionen gibt die Mitte April angelaufene Versteigerung neuer Funkfrequenzen durch die Bundesnetzagentur. Die Vergaberegeln



Auf dem Land sind junge Ärzte selten zu finden.

Foto: KV-Niedersachsen

begegnen, haben Bürger im nordrhein-westfälischen Barmen, einem etwa sieben Kilometer vom Stadtkern Jülich entfernten Stadtteil, ein Zentrum für „Dienstleistungen und ortsnahe rundum Versorgung“ gegründet. Neben dem Einkaufsmarkt bietet das durch finanzielles Bürgerengagement getragene Zentrum seinen Kunden unter anderem Lieferdienste, Arztsprechstunden, Post- und Bankdienstleistungen. Andersorts sorgen ähnliche Einrichtungen auch für die Vermittlung von Tageseltern. Und so sieht staatlich geförderte Nahversorgung aus: Das schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerium lässt für sogenannte „Markttreffs“, bürgerinitiierte Einzelhandelsgeschäfte, Gelder aus EU-, Bundes- und Landestöpfen fließen. Neben nahen Einkaufsmöglichkeiten

für das mobile Internet sorgen dafür, dass zunächst Orte mit bis zu 5.000 Einwohnern versorgt werden müssen. Wenig Kultur, fehlende Einkaufsmöglichkeiten, weit entfernte Fachärzte – dies alles macht Mobilität für Landbewohner noch dringlicher. Flexible Angebote wie Anruf-Sammel-Taxen können ein Grundangebot des öffentlichen Nahverkehrs bilden.

Doch Mobilität hin oder her – auch der ländliche Raum braucht Treffpunkte, Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen: Attraktive Ortskerne, Cafés oder Veranstaltungsorte machen das Dorfleben spannend. Hierzu bedarf es ehrenamtlichen Engagements – doch auch Fördergelder sind nötig und müssen vor allem flexibel einsetzbar sein, um ihren Zweck zu erfüllen. *ch*

## Post und Breitband

Der Niedersächsische Landfrauenverband (NLV) fordert angesichts der Rationalisierungs- und Schließungs-Ankündigungen der Deutschen Post, die tägliche Postzustellung im ländlichen Raum gemäß dem gesetzlichen Auftrag aufrecht zu erhalten. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt zudem vor einer „digitalen Spaltung“ des Landes zu Lasten der ländlichen Regionen und forderte die von der Bundesregierung versprochene flächendeckende Breitband-Versorgung ein. *pm*

# Wird 2013 alles anders?

Die Diskussionen um die EU-Agrarreform beginnen

Die europäische Agrarförderung hat eine lange Geschichte, die mit den ersten Schritten hin zur Europäischen Union begann. Die Art und Weise dieser finanziellen Förderung der Landwirtschaft stand bei jeder Reform in Europa im Mittelpunkt der agrarpolitischen Auseinandersetzung. Für das Jahr 2013 steht erneut eine derartige Reform an. Schon längere Zeit ist den Beteiligten klar, dass die Agrarzah- lungen der europäischen Union immer stärker wachsenden Begehrlichkeiten anderer politischer Bereiche ausgesetzt sind. Aber auch pauschalen Subventionszahlungen an Landwirte werden von der steuerzahlenden Bevölkerung zunehmend kritisch hinterfragt.

Werden die ungestaffelten Direktzahlungen, also die Hektarprämien der ersten Säule so weiter aufrecht erhalten werden können? Welche auch finanzielle Bedeutung gewinnt die zweite Säule? Wie kann der Verwaltungsaufwand für Cross Compliance reduziert werden? Welcher Stellenwert wird der bäuerlichen Landwirtschaft zugedacht? Dies sind nur einige der Fragen der gerade beginnenden Diskussion um die zukünftige Verwendung des EU-Agrarhaushaltes.

## Diskussion eröffnet

Dr. Dacian Ciolo, neuer Agrarkommissar, wünscht sich eine breite gesellschaftliche Diskussion, um die Glaubwürdigkeit der Agrarpolitik bei der Bevölkerung zu stärken. Er selbst geht davon aus, dass die bisherigen Betriebsprämien neu berechnet werden müssen, weil ihnen das Produktionsniveau von 2000 bis 2002 zugrunde liegt. In diesem Zusammenhang steht auch die mögliche Einführung einer degressiven Obergrenze für Großbetriebe. Diesbezüglich kündigte Ciolos einen Vorschlag der Kommission an.

Obwohl der Agrarkommissar konkrete Einzelmaßnahmen erst im kommenden Jahr diskutieren will, setzte er einzelne Schwerpunkte. So sprach sich der Rumäne gegen eine vom Umweltkommissar angeregte Schaffung einer „Gemeinsamen Agrar- und Umweltpolitik“ aus. Allerdings soll der „grüne Teil“ der Agrarpolitik sichtbar werden. Gelder, die für Umweltleistungen gezahlt würden, sollten nicht als Ausgleichszahlungen verstanden werden, sondern seien eine Entlohnung für eine Leistung, die über die eigentliche Produktion hinaus gehe.

Der liberale Europaabgeordnete George Lyon plädiert für einen Ausgleich bei der Verteilung der Direktbei-

hilfen. Eine alleinige Berechnung über die Fläche sei allerdings ungenügend. Vielmehr bedürfe es der Einführung objektiver Kriterien, wie zum Beispiel eines Kaufkraftkoeffizienten, mit dem die Zahlungen der Kaufkraft und der Kostenstruktur der einzelnen Länder angepasst werden könnten.

Als Bereiche, in denen Zahlungen erfolgen können, schlägt Lyon fünf Blöcke vor. Kernbeihilfen, Klimaschutzzuschläge und Marktmaßnahmen sollen vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Mittel für benachteiligte Gebiete, weitergehende Agrarumweltmaßnahmen und grüne Investitionen sollten einer Kofinanzierung

stungskatalogs zusammengefasst, der die Bereiche Klimaschutz, Biodiversität und Gewässerschutz abdecken soll. Auch die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete soll den Vorstellungen zu Folge darin enthalten sein. In einer dritten Stufe, die wie die beiden anderen aus Geldern der ersten Säule finanziert werden soll, sind Zahlungen für Leistungen mit regionalen Ansätzen einer integrierten ländlichen Entwicklung zusammengefasst. Eine detaillierte Ausformung der Zahlungen steht noch bevor. Auch die Rolle der zweiten Säule bleibt undifferenziert. Eine pauschalierte Investitionsförderung, wie sie bisher z.B. bei Stallneubauten gewährt

lssystem. Dennoch ginge der Betrieb, der lediglich bestehende gesetzliche Normen einhält und keine Zusatzleistungen erbringt, langfristig leer aus. Betriebe mit einer vielfältigen Fruchtfolge, mit seltenen Nutztierassen, mit vielen Landschaftselementen, mit kurzen Wegen bei der Vermarktung hingegen bekommen Anreize für ihre nachhaltige Produktion und somit nach Vorstellungen des grünen Europaparlamentarier die meiste Förderung.

## Alles beim Alten

In Bayern, so Horst Seehofer, will man sich weiterhin für eine Beibehaltung der Mittel für die Direktzahlungen und die Förderung der ländlichen Regionen in der bisherigen Höhe einsetzen. Damit schlägt er den gleichen Kurs ein wie die aus Bayern stammende Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, die derzeit in den Ländern für ihre Position wirbt. Unterstützung bekam sie vom ehemaligen niedersächsischen Landwirtschaftsminister Heinrich Ehlen, der der Bundespolitikerin bei einem Treffen mit der CDU-Landtagsfraktion in Hannover ein „Auf uns ist Verlass!“ mit auf den Weg gab. Auch der Bauernverband möchte nicht am bisherigen Verteilungsschlüssel rühren. Allerdings steigt der Druck auf das reformunwillige Lager, da die Forderungen nach einer prinzipiellen Qualifizierung der Zahlungen immer lauter werden. Unterstützung kommt von Seiten der FDP. Diese plädiert zwar für eine Abschaffung der Exportsubventionen und Lagerbeihilfen, die sie als „untaugliche Instrumente der alten und verfehlten EU-Agrarpolitik“ bezeichnet, möchte aber dennoch am Zwei-Säulenmodell mit klarem Vorrang für die erste Säule festhalten.

## Lager formieren sich

Nur langsam werden die Positionen der einzelnen Lager, Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich. Viele der aktuellen Vorstellungen bleiben noch vage, sind nicht durchgerechnet und auf Praktikabilität geprüft, wie die Beteiligten selbst eingestehen. Dacian Ciolos, als EU-Agrarkommissar, versucht, ein möglichst breites Meinungsbild einzuholen. Auch aus diesem Grund will er seine eigenen Ideen vorerst zurückhalten, gibt aber einen konkreten Zeitplan vor. Mitte Juli wird es eine große Konferenz mit den unterschiedlichen Interessenvertretern geben, um die Diskussionen zusammenzufassen. Konkrete Ideen der Kommission sollen Anfang November folgen.



Menschen fördern, nicht Fläche

durch die Mitgliedsländer unterliegen.

Fotos: BLE/ Stefan; SaatenUnion

wird, könne es nicht mehr geben.

## SPD für Neuorientierung

Für eine Abkehr vom derzeitigen System der pauschalen Direktzahlungen setzt sich der agrarpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Wilhelm Priesmeier ein. Gemeinsam mit seinem Länderkollegen Dr. Till Backhaus plädiert er für eine Qualifizierung aller staatlicher Transferzahlungen. Als Rahmen für die Qualifizierung soll ein dreistufiger Modell dienen. Die erste Stufe umfasst einen Sockelbetrag, der einer zukünftigen Abschmelzung unterliegt. In der zweiten Stufe, die wie die erste vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert werden soll, sind Zahlungen anhand eines noch zu erstellenden Lei-

## Top down

Eine Abkehr vom bisherigen Auszahlungsmodell stellt auch der grüne Europaabgeordnete Martin Häussling seinen Überlegungen voran. Die Mittelvergabe soll sich an einer Premiumvorgabe „Ökologischer Landbau“ orientieren. „Wir müssen einen Umweltstandard definieren, der sich an den Maßstäben des ökologischen Landbaus orientiert“, so Häussling im Interview mit der Frankfurter Rundschau. 100 Prozent erhalten die Betriebe, die allen ökologisch-gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Wer nicht ökologisch wirtschaftet, aber tiergerechte Ställe hat, bekommt etwas weniger. Dabei geht es nicht um ein Ma-

# Eine Stimme aus 27 Kehlen

Verbändeplattform formuliert gemeinsame Forderungen für die Agrarreform 2013



„Unser Ziel ist klar! Das Leitbild ist eine multifunktionale, bäuerlich-ökologische Landwirtschaft mit globaler Verantwortung.“ Diesem Ziel hat sich ein Zusammenschluss aus 27 Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz verschrieben. Nicht die agrarindustrielle Erzeugung billiger Rohstoffe für die Nahrungsmittel- oder Energiewirtschaft ist das Ziel, sondern eine Lebensmittelerzeugung, die – flächendeckend betrieben – ökologisch intakte Kulturlandschaften prägt, Arbeitsplätze schafft und Tierschutzanliegen ebenso ernst nimmt wie die globalen Entwicklungsfragen und den Klimaschutz. Wegweisend für die Verbände ist die bäuerlich-ökologische Landwirtschaft. „Bäuerliche Landwirtschaft“ bezieht sich, im Verständnis der Verbände, dabei nicht auf die Betriebsgröße, sondern beschreibt die Art der Wirtschaftsweise. Wichtige Parameter sind der Erhalt des Hofes und qualifizierter, vielfältiger Arbeitsplätze. Dem zu Grunde liegt ein Denken in Generationen sowie die Einbindung in Dorf und Region mit Verantwortung für Mensch, Natur und Tier. Hofnahe, verflochtene und sich ergänzende Kreisläufe prägen diese Wirtschaftsweise.

## Neuaustrichtung ist nötig

Dass die europäische Agrarpolitik mit pauschalen, nicht an Leistungen geknüpften Zahlungen vor allem eine billige, agrarindustrielle Rohstoffproduktion fördert, wird von der Verbändeplattform als grundlegender Fehler kritisiert. Die Möglichkeit, gesellschaftlich akzeptierte und vor allem nützliche Entwicklungen zu fördern, blieben ungenutzt. Die geforderte Neuaustrichtung muss deshalb weg von einer Betrachtung von Einzelinteressen hin zu einer umfassenden Analyse. „Wer sich allein mit der Bereitstellung von Ausgleichsflächen für den Arten- oder Biotopschutz zufrieden geben wollte, würde damit noch keine Antwort für den Klimaschutz, für den Wasserschutz oder den Tierschutz geben. Umgekehrt ne-

giert eine rein auf Mengenwachstum ausgerichtete Agrarpolitik, die die „Weltenernährung“ als Argument für Exportinteressen instrumentalisiert, die vielfältigen negativen Wirkungen auf Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz und auf die multifunktionalen, bäuerlichen Betriebe“, so das Verbändepapier.

## Klare Aufgabenfelder

Anders als viele andere aktuelle Stellungnahmen zur bevorstehenden GAP 2013 bemühen sich die Verbände, konkrete Aufgabenfelder und die anzustrebenden Lösungswege, bis hin zu konkreten Maßnahmen, klar aufzuzeigen. Als die zentralen Aufgabenfelder werden die Sicherung der biologischen Vielfalt, die Verbesserung der Klimawirkung der Landwirtschaft, ein nachhaltiges Wassermanagement und eine Reduktion des Nährstoffeintrags gefordert. Die EU-Agrarpolitik müsse zukünftig tiergerechte Haltungsvorfahren entwickeln und unterstützen. Dass die europäische Agrarpolitik globale Auswirkungen hat, ist allgemein unbestritten. Von den Verbänden abgelehnt wird jegliche Form des Dumpings von europäischen Überschüssen mittels Exportsubventionen in ärmeren Ländern. Dies sei keine Lösung für die an sich falsche Überproduktion innerhalb Europas und zerstört darüber hinaus bestehende bäuerlich-ökologische Strukturen in den Empfängerländern bzw. steht deren Entwicklung entgegen. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf die Einbindung der landwirtschaftlichen Betriebe in regionale Wirtschaftskreisläufe gelegt. Von einer derartigen Verflechtung profitierten der ländliche Raum durch gesicherte Arbeitsplätze, den Erhalt bzw. die Entstehung regionaler Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Handelsstrukturen im vor- und nachgelagerten Bereich.

## Gesellschaftliche Leistungen fördern

Als ungerecht und dem Steuerzahler nicht mehr zu vermitteln kritisiert wird ein System, bei dem 85 Prozent aller Direktzahlungen der ersten Säule an 20

Prozent der Betriebe gezahlt werden. Die Verbände fordern daher, alle EU-Zahlungen zu qualifizieren, indem sie an konkrete gesellschaftliche Leistungen gebunden werden. Konkret gefordert wird, dass ein Netz von „ökologischer Grundinfrastruktur“ im Umfang von zehn Prozent der Betriebsfläche in Form von Blühstreifen, Rand- und Saumstrukturen usw. zu schaffen sei. Des Weiteren sei die Förderung so auszugestalten, dass es sich für die Landwirte lohnt, sich für eine Qualitätssteigerung im ökologischen Sinne einzusetzen. Auch der Klimaschutz bildet einen Schwerpunkt. Als „europäische Eiweißstrategie“ bezeichnet, soll ein Fünftel der Ackerfläche dem Leguminosenanbau zur Verfügung gestellt werden. Vor allem die Böden würden durch eine Erhöhung des Humusanteils und eine Verbesserung der Wasseraufnahme- und Wasserspeicherfähigkeit profitieren. Darüber hinaus könnte ein beachtlicher Teil der energieaufwändigen und klimaschädlichen Stickstoffdüngung sowie der Soja-Importe vermieden werden.

Weiterhin gefordert wird eine Verbesserung der Förderung des ökologischen Landbaus. Benachteiligte Gebiete sollen in Zukunft nicht mehr pauschal, sondern anhand von zu definierenden, flächenscharfen Kriterien attraktiver gestaltet werden, um Mitnahmeeffekte zu verhindern. Der Bereich der ländlichen Entwicklung ist bereits in LEADER angelegt, soll aber nach der Vorstellung der Unterzeichner weiterentwickelt werden.

## Qualifizierung sofort

Deutliche Änderungen werden bei den Vergabekriterien der Investitionsförderung verlangt, da die bisherige Vergabep Praxis vor allem Rationalisierungs- und Konzentrationsprozesse befördert hat. Zukünftig müssten artgerechte und flächengebundene Tierhaltung, eine Reduktion der Umweltbelastungen und der Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen zu den elementaren Vergabekriterien werden. Eine pauschale, undifferenzierte Flä-

chenzahlung würde, auch in einer Übergangszeit, zu einer Benachteiligung der vielfältigen Wirtschaftsweisen führen und spezialisierten, rationalisierten Betrieben Vorteile verschaffen. Deshalb fordern die Verbände bis zu einer grundlegenden Umgestaltung der EU-Agrarpolitik, jegliche Zahlung an die folgenden Kriterien zu binden: Mindestfruchtfolge, bei der eine Frucht maximal 50 Prozent der Ackerflächen einnimmt und ein Mindestanteil an Leguminosen von 20 Prozent; Ökologische Vorrangflächen mit einem Flächenanteil an der Betriebsfläche von minimal 10 Prozent; Vollständiges Verbot des Grünlandumbruchs in sensiblen Bereichen (z.B. Niedermoore), ansonsten Grünlandumbruch nur mit Genehmigung und gegen Ausgleich in Form von Wiedereinsaat; Eine nachweislich ausgeglichene Hofbilanz für Stickstoff (N); Kein Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO).

## Sozio-ökonomische Kriterien:

Da viele der gesellschaftlich erwünschten Leistungen im Bereich des Tierschutzes wie auch des Naturschutzes einen höheren Arbeitsaufwand bedingen, fordern die Unterzeichner von der EU den Vorschlag der Staffelung der Zahlungen vom Mai 2008 (Health Check) erneut aufzugreifen und mit der Berücksichtigung eines Arbeitsansatzes zu ergänzen, damit Betriebe mit einem hohen Angebot an Arbeitsplätzen (bezogen auf die Fläche) nicht gegenüber durchrationalisierten Betrieben mit geringer Arbeitskraftausstattung benachteiligt werden.

## Gesellschaftliche Plattform

Mit ihren Forderungen und Analysen wollen die unterzeichnenden Verbände weg von der isolierten Betrachtung von Einzelinteressen, hin zu einem Vorgehen, das bewusst verschiedene Ziele und Aufgaben ausgewogen integriert. Weg von einer Besitzstandswahrung für Einzelne, hin zu einer tatsächlich umfassenden – gemeinsamen – Politik.

# Armes Land, karge Böden und ein Erdbeben

Nach der Katastrophe braucht das Land neue Strukturen, auch in der Landwirtschaft

Von 1982-85 waren zu Löwensteins als Entwicklungshelfer in Haiti. Als Landwirt unterstützte Felix Prinz zu Löwenstein den Aufbau einer bäuerlichen Organisation für die Verwaltung eines Bewässerungssystems. Im Februar haben er und seine Frau Elisabeth bei einem Einsatz von Malteser International im Erdbebengebiet mitgearbeitet.

**Unabhängige Bauernstimme: Wie muss man sich Landwirtschaft auf Haiti vorstellen?**

Felix Prinz zu Löwenstein: Aus landwirtschaftlicher Sicht ist Haiti ein Paradebeispiel dafür, wie der Mensch in der Lage ist, seine natürlichen Ressourcen über einen „point of no return“ hinaus zu vernichten. Haiti hat im Verhältnis zu den Ebenen mehr Berge als die Schweiz. Ein Großteil der ländlichen Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft und wirtschaftet so auf Flächen, die eigentlich viel zu steil sind. Das führt dazu, dass ein Großteil des Ackerbodens mittlerweile ins Meer gespült wurde. Und was im Meer liegt, ist nicht zurückholbar.

**Kann man die Ackerflächen denn als fruchtbar bezeichnen?**

Fruchtbar können Flächen nur sein, wenn ein Boden darauf liegt. Niederschläge gibt es zwar genug – jedenfalls in den meisten Gegenden – sie

**Gibt es denn keine Ansätze, um mit diesen Problemen fertig zu werden?**

Schon seit vielen Jahren beginnen immer mehr Bauern ökologisch zu wirtschaften. Nicht im Sinne eines „Zertifiziert Ökologischen Landbaus“. Aber durchaus nicht nur durch Weglassen von Chemie. Sie nutzen vielfältige Fruchtfolgen, Mischkulturen, Agroforestsysteme, Kompost- und Dungwirtschaft.

**Ist die schwierige Lage der Bauern der Grund für die enorme Landflucht?**

Landflucht in die Städte, aber auch „Inselflucht“: seit Jahren versuchen große Mengen an „boatpeople“ trotz erheblicher Gefahren für Leib und Leben in die USA zu gelangen. Deshalb ist das Interesse der Amerikaner, Haiti zu einer wirtschaftlichen Entwicklung zu verhelfen, auch am größten.

**Ein Großteil der ländlichen Bevölkerung betreibt Landwirtschaft. Wie hoch ist der Selbstversorgungsgrad Haitis?**

Ich glaube nicht, dass Haiti heute in der Lage ist, seine 9 Millionen Einwohner selbst zu ernähren. Zwar gibt es eine unglaubliche Vielzahl an Nahrungspflanzen, die auch für den Markt angebaut werden. Die meisten Bauern haben aber so wenig Fläche, dass es kaum für die eigene Ernährung reicht. Grundnahrungsmittel wie Reis und Brotgetreide wird deshalb importiert.

**Durch das Erdbeben sind Häuser und die Infrastruktur zerstört worden. Welche Auswirkungen hatte das Erdbeben für die ländliche Bevölkerung?**

Die Landwirtschaft ist nicht betroffen. Es sind ja keine Felder kaputt gegangen oder Bäume umgefallen. Im Erdbebengebiet, das vielleicht 80 km im Durchmesser hat, liegen vor allem die Hauptstadt und ein paar kleinere Städte darum herum.

**Gab es auf dem Land keine Zerstörung?**

Es gab auch hier Häuser, die kaputt gegangen sind, aber ich gehe davon aus, dass nur wenige Menschen zu Tode gekommen sind. Es gab zwar auch Häuser in traditioneller Holz- und Lehmbauweise, die schwer beschädigt wurden, aber die haben ihre Bewohner nicht umgebracht. Das Hauptproblem liegt in den Städten. Die wenige vorhandene Infrastruktur ist jetzt weg.

**Hat das auch Auswirkungen für die ländliche Bevölkerung?**

Ein großes Problem ist, dass, wer immer es sich leisten kann, Kinder in die Hauptstadt schickt, damit sie dort eine Ausbildung bekommen, die sie dann befähigt, ihre Eltern und Geschwister zu unterstützen. Gerade von diesen jungen Leuten sind viele umgekommen und mit ihnen ihre Lehrer. Die Schulen und die Universität liegen in Trümmern und mit ihnen die Hoffnung auf einen Abschluss der Ausbildung für die, die überlebt haben. Wir haben die Verzweiflung dieser jungen Leute miterlebt und waren sehr betroffen davon.

**Welches sind die wichtigsten Aufgaben?**

Vieles hängt davon ab, ob tatsächlich soviel Geld zur Verfügung gestellt wird, wie jetzt versprochen wird. Und ob die internationale Gemeinschaft die politische Kraft hat, in Haiti gestaltend zu wirken. Es muss darum gehen, den Menschen, die jetzt in die Provinz zurückgekehrt sind, dort eine ökonomische Perspektive zu geben. Wenn jetzt nur dort investiert wird, wo das Erdbeben gewütet hat, dann kommen all diese Menschen zurück und das Problem der Konzentration im Raum Port au Prince wird größer als zuvor.

**Welche Rolle kann die haitianische Regierung übernehmen?**

Die Haitianer selbst halten ihre Regierung für nicht in der Lage, den Wiederaufbau zu bewältigen. Das ist auch sicher so und zwar nicht nur wegen der Korruption, wegen der es sehr unvernünftig wäre, ihr das Geld für den Wiederaufbau anzuvertrauen. Sondern

auch, weil ja ein Großteil ihrer Infrastruktur, Ministerien, Ämter etc. zerstört sind. Deshalb wird die UNO unmittelbare Verantwortung übernehmen müssen – natürlich unter gleichzeitigem Aufbau und zunehmender Beteiligung der haitianischen Regierung.

**Wie sieht das Engagement der Malteser in Haiti aus, für die Sie in Haiti waren?**

Zum einen hatte die amerikanische Assoziation der Malteser im Norden Haitis ein Krankenhaus mit 70 Betten. Das schwoll nach dem Erdbeben auf über 700 Betten an. Betten ist allerdings das falsche Wort. Es waren 700 Kranke, zuzüglich der sie begleitenden Angehörigen. All diese Menschen medizinisch und auch mit Nahrung zu versorgen war eine unglaubliche Aufgabe. Zum anderen gibt es eine kleine Gesundheitsstation in Leogane, in der Nähe des Epizentrums. In der haben wir mitgeholfen, indem wir uns um das medizinische Team gekümmert haben.

**Welche Hilfsmöglichkeiten gibt es?**

Zwar hat die Geberkonferenz in St. Domingo viele Milliarden versprochen. Aber dividiert durch die Anzahl der betroffenen Menschen ist das nicht schrecklich viel. Es wird deshalb auch weiterhin das Engagement von Nichtregierungs-Organisationen brauchen. Wir selbst wollen eine Pfarrei im Zentrum von Port au Prince unterstützen, die wir seit vielen Jahren begleiten und wo kaum ein Stein auf dem anderen geblieben ist. Wir konnten nach dem Erdbeben bei Misereor ein Konto einrichten, auf dem nun schon 80.000 Euro eingegangen sind. Ich sage aber allen meinen Freunden und Bekannten, die dafür gespendet haben oder noch spenden wollen: Man braucht jetzt sehr, sehr viel Geduld, um dieses Geld sinnvoll einzusetzen. Die Hilfe beim Wiederaufbau muss so eingesetzt werden, dass die Eigeninitiative der Menschen nicht geschwächt, sondern unterstützt wird. Und so was geht nicht durch schnelles Geldverteilen. Zusammen mit dem französischen Pfarrer von St. Antoine und Misereor werden wir den Einsatz der Mittel planen, sobald klar ist, was aus den staatlichen Töpfen unterstützt wird.

**Vielen Dank für das Gespräch**  
mn

**Spendenkonto Misereor**  
101010 bei der Pax-Bank Köln BLZ 37060193 mit der Angabe: „Zweck W30449 Pères de St.Jacques“ Bitte geben Sie für die Spendenquittung eine vollständige Adresse bei der Überweisung an.



Gemeinsam mit den Einheimischen organisierten zu Löwensteins die Erdbebenhilfe in Haiti.  
Foto: Pepperhowe

sind aber sehr unregelmäßig auf wenige Monate verteilt. Intensive Bewirtschaftung, die mehrere Ernten im Jahr ermöglicht, ist deshalb nur in den Ebenen mit Bewässerung möglich. Die zunehmende Erosion an den Hanglagen führt dazu, dass den Böden die für einen erfolgreichen Regenfeldbau erforderliche Wasserspeicherkapazität abhanden kommt.

**Gibt es ein Handelssystem, Märkte auf denen die Landbevölkerung ihre Waren anbieten kann.**

Es gibt Märkte, Verkaufsstände an den Straßen und es gibt die „Madam Sara“. Das sind Frauen, die mehr oder weniger mit dem, was sie tragen können, Handel betreiben und dies erstaunlich effizient organisieren und zum Teil sogar in den USA einkaufen.

# Die Zukunft des Saatguts ... ist unsere Zukunft

EU Saatgutgesetze werden revidiert

Die Europäische Union überarbeitet ihre Saatgutgesetzgebung, Schritt für Schritt. Über die Saatgutverkehrsgesetze wurde von 2007 bis 2008 eine Evaluierung durchgeführt, in deren Rahmen verschiedene Interessenvertreter befragt wurden. Nun arbeitet die Europäische Kommission an einer Folgenabschätzung, das heisst verschiedene Möglichkeiten, das Gesetz weiterzuentwickeln (1. keine Änderung, 2. weitere Zentralisierung der Kompetenzen, 3. Deregulierung, also Verlagerung von Kompetenzen zum Privatsektor, 4. Abschaffung/Renationalisierung der Gesetzgebung) werden überprüft. Eine Option, die die Forderungen der kleinen ökologischen Züchter und der Saatgutinitiativen nach mehr Spielraum für die Marktzulassung von Saatgut, das für spezielle Standorte gezüchtet ist oder eine grössere gene-

tische Vielfalt innerhalb der Sorte hat, ist nur als Nischenlösung vorgesehen. Der landeskulturelle Wert und die Kriterien Unterscheidbarkeit, Einheitlichkeit und Beständigkeit stehen weiterhin im Mittelpunkt, nur geringe Spielräume beim landeskulturellen Wert werden eingeräumt. Kritik, dies wäre wohl nicht im Sinne der Biodiversitäts-Strategie der Europäischen Union, wurde angehört, die Konsequenzen sind abzuwarten. Die Europäische Kommission sammelt nun Wirtschaftsdaten und InteressenvertreterInnen sind aufgerufen, Zahlen und Fakten zu liefern, die bei der Bewertung der verschiedenen Optionen helfen können.

## Weitere Schritte

Eine öffentliche Konsultation über die verschiedenen Möglichkeiten, in die sich die

Saatgutverkehrsgesetze entwickeln könnten, ist für Ende 2010 vorgesehen, dann folgen interne Verfahren in der Europäischen Kommission und mit Gesetzesvorschlägen ist Ende 2011 zu rechnen. Diese werden dann in einem voraussichtlich mehrmonatigen Verfahren von Europäischem Parlament und Ministerrat abgestimmt. Auch das Europäische Sortenschutzrecht soll nun revidiert werden – der Zeitrahmen wird ähnlich der Revision des Saatgutverkehrsrechts sein, nur um zwei Jahre nach hinten verschoben. Externe Experten sind frisch bestellt, die eine Studie über die Vor- und Nachteile des bestehenden Rechts sowie mögliche Änderungen bis April 2011 vorlegen sollen. Auch im Rahmen dieser Evaluation sind Befragungen von InteressenvertreterInnen gefragt.

## Saatgut in Bewegung

Vielfalt und Freiheit für das Saatgut geht mit Meinungs-Vielfalt und -Freiheit einher. Das fünfte Europäische Treffen der Saatgutinitiativen bot wieder viel Raum für Austausch über Aktionsvorschläge, über praktische und theoretische Fragen der Erhaltung alter Sorten und Neuzüchtung besonderer Sorten... Zum ersten Mal trafen sich auch Schäfer und Viehhalter, um die Entwicklungen in der Tierzucht zu besprechen. Eine Erklärung von Graz wurde verabschiedet, mit der Forderung, dass bäuerliche Rechte auf Saatgut endlich umgesetzt werden. Sorten-Vielfalt in Landwirtschaft und Gärtnerei ist ein gesellschaftliches, kulturelles Gut und muss gefördert werden – 2010 ist das Jahr der Biodiversität, und Biodiversität muss auch Kulturpflanzen umfassen.

Antje Kölling, IFOAM EU Group

[www.liberate-diversity-graz2010.org](http://www.liberate-diversity-graz2010.org)



Ein besonderes Spektakel beim Grazer Treffen war die Theateraufführung der Gruppe Compagnie MaiMun, die bildlich machten, welche Interessen hinter der Gentechnik in der Landwirtschaft stecken und was passiert, wenn der Nachbar sich zum Gentechnikanbau breitschlagen lässt. Aber – alles hat ein gutes Ende!!!  
Foto: Patrick Mulvany

## Schweinepatent zurückgezogen

Monsanto bringt ein Schnitzelpatent beim Patentamt in Genf auf dem Weg

Das 2008 erteilte Schweinepatent ist am 20. April vom Europäischen Patentamt zurückgezogen worden. Im April 2009 gab es eine Sammelklage gegen das von Monsanto angemeldete Patent. Der Rückzug des Patents für die Zucht besonders ertragreicher Schweine, das sich auch auf die Schweine selbst bezieht, wurde von den kritischen Verbänden als Erfolg im Kampf gegen Monopole und Patente in der Landwirtschaft gewertet. „Die Bundesregierung muss jetzt nach den Ausführungen zur Patentierung im Koalitionsver-

trag ihren Worten auch Taten folgen lassen,“ so AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janssen. Sie dürfe nicht abwarten, wie z.B. das laufende Patentverfahren bei Milchkühen oder das aktuell anhängige Entscheidungsverfahren beim konventionellen Brokkoli ausgehen. Monsanto hat bereits eine neue Patentidee: Dabei geht es um Schnitzel von Schweinen, die mit einer hauseigenen Gen-Soja-Sorte gefüttert wurden. Monsanto meldete dafür bereits im vergangenen Jahr bei der Weltpatentbehörde in Genf Lizenzansprüche an und

begründet dies mit einer erhöhten Konzentration von ungesättigten Fettsäuren. Wegen der schwammigen Formulierung der europäischen Patentgesetze von 1998 ist die Patentvergabe Auslegungssache der Patentämter. Das Europäische Patentamt in München erteilt seit Jahren Monopolrechte auf Tiere und Pflanzen, die nur durch Einsprüche neu verhandelt und zum Teil rückgängig gemacht werden können. Janssen fordert gesetzliche Regelungen, so dass solche Patente erst gar nicht erteilt werden. *ch*



## Saatgut gentechnikfrei

Eine Studie der Autoren Christoph Then (testbiotech) und Matthias Stolze (FiBL) zur Wirtschaftlichkeit verschiedener Kennzeichnungsschwellenwerte von GVO Verunreinigungen in Saatgut wurde am 26 April von der IFOAM EU Group in Brüssel veröffentlicht. Unerkannt gentechnisch verunreinigtes Saatgut würde die Kosten der gesamten Nahrungsmittelkette zur Erzeugung gentechnikfreier Lebensmittel weiter in die Höhe treiben. Zudem wäre eine Rückholbarkeit der GVO nicht mehr gewährleistet, wenn sie als ständige und unkontrollierte Verunreinigung bereits im Saatgut auftreten. (mehr auf Englisch: [www.ifoam-eu.org](http://www.ifoam-eu.org))  
Antje Kölling

## Wünsch dir was

Ein starkes Rechtsbewusstsein unter den Bauern und Bäuerinnen sei erforderlich, um die Schutzrechte der Pflanzenzüchter für die „sich selbstreplizierenden und damit einfach zu kopierenden Pflanzen“ zu gewährleisten, stellte der Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Pflanzenzüchter (BDP), Carl-Stephan Schäfer, anlässlich des „Welttags des geistigen Eigentums“ am 26. April fest. Er wünsche sich, so Schäfer, „dass jeder Landwirt in diesem Jahr ehrlich seine Erklärung über seinen Nachbau angibt.“ *pm*

## Bayer zu knapp 50 Millionen Dollar verklagt

Die gentechnische Verunreinigung von Reis-Saatgut wird für Bayer Crop Science teuer: Zusätzlich zu knapp sechs Millionen Dollar Entschädigung wurde den klagenden Landwirten 42 Millionen Dollar Strafschadensersatz für besonders rücksichtsloses Verhalten des Konzerns zuerkannt. Da gentechnisch veränderter Reis („Liberty“) aus einem Bayer-Versuch in ihr Saatgut geraten war, konnten die Bauern 2006 ihre Ware nicht mehr verkaufen. Bayer wusste bereits vor der Aussaat von der Verunreinigung, informierte die Öffentlichkeit aber erst kurz vor der Ernte. „Bayer in dieser Angelegenheit ein böswilliges Handeln zu unterstellen ist völlig ungerechtfertigt“, sagte Bruce Mackintosh, Leiter der Unternehmensrechtsabteilung. „Bayer CropScience ist jederzeit verantwortlich und angemessen mit seinem Biotech-Reis umgegangen.“ Das Urteil von Mitte April, das ein Gericht in Arkansas, USA, fällte, ist das vierte seiner Art. Problematisch für Bayer: Bisher wurden 20 von insgesamt fast 500 Klagen verhandelt. *ch*

## „Feldbefreier“ beschäftigen Gerichte

Vor verschiedenen Gerichten in Deutschland finden derzeit die Verhandlungen gegen die „Feldbefreiungen“ der vergangenen Jahre statt. Im bayerischen Kitzingen gab es eine Berufungsverhandlung gegen die Verurteilung von Beteiligten an einer Aktion auf einem Genmaisfreisetzungssacker, die zunächst vertagt wurde. Dies Jahr wird dort in Kitzingen nun kein Genmais mehr wachsen, der Antragsteller zog sein Vorhaben zurück. Derzeit läuft auch der Prozess gegen die „Kartoffelschleuderer“ des vergangenen Jahres, die in Mecklenburg-Vorpommern Bio-Kartoffeln auf einen Acker für die Freisetzung der Genkartoffel Amflora geworfen hatten. Dort verstrickte sich nun ein Belastungszeuge in Widersprüche, so dass man auf den weiteren Verlauf des Verfahrens gespannt sein darf. Prominentester Fall ist sicherlich der Prozess um die sechs jungen Leute, die vor zwei Jahren den Weizenfreisetzungssack bei der Genbank in Gatersleben zerstört haben (siehe auch Rezension auf Seite 21), der in diesen Tagen fortgesetzt wird. In dem Zusammenhang gab es bereits eine Entscheidung des Landgerichts Magdeburg: Auch ein Journalist war von der Staatsanwaltschaft angeklagt worden weil er mit seiner Kamera den Weizenausreißern Licht gespendet hatte und damit die Tat überhaupt erst ermöglicht habe, so die Anklage. „Es scheint mir absurd, die Berichterstatter anzuklagen, wenn etwas Unrechtes geschieht“, kommentierte die Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalisten-Union, Ulrike Maercks-Franzen. So entschied nun auch das Gericht und lehnte die Anklage ab. *cs*

Kurzes am Rande

# Eine Machtdemonstration

Amflora – Kartoffelpflanzen auf Biegen und Brechen

Bei Sonnenschein und blauem Himmel wurde die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel „Amflora“ des Chemikonzerns BASF nun nach ihrer erstmaligen Zulassung in Europa auf einem 15 Hektar großen Acker im mecklenburg-vorpommerschen Zepkow zur Pflanzguterzeugung gepflanzt. Es kann nicht ernsthaft mehr ein Akt des Fortschritts sein, denn Lebensmittelwirtschaft und Stärkeindustrie und namhafte wissenschaftliche Behörden stehen der mit 14 Jahren längst veralteten BASF-Risikoknolle mindestens skeptisch gegenüber. Vielmehr ist es eine Demonstration der Stärke und der Macht von Politik und Wirtschaft, dazu passt auch der Polizeischutz auf dem Acker. 40 Polizisten begleiteten die Pflanzung. Solange Amflora auf dem Acker wächst, hat sie Wachschatz.

### Aigner gefordert

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte sich die Förderung der Amflora-Zulassung in den Koalitionsvertrag geschrieben, landet hier also einen vermeintlichen Erfolg. Die BASF kämpft schon so viele Jahre um den kommerziellen Anbau, dass eine Aufgabe des Projekts ein massiver Gesichtverlust gewesen wäre. Wenn das Konzept des Konzerns aufgeht, verspricht er sich 20 bis 30 Mio. Euro Lizenzeinnahmen. Jedoch, so Annemarie Volling von der AbL, die die die Gentechnikfreien Regionen in Deutschland berät: „Fraglich ist, ob sich

die Wirtschaft den Patentansprüchen der BASF unterwirft. Denn für die Kartoffelbranche bedeutet der Anbau der GV-Kartoffeln nichts als Aufwand und Kosten.“ Diese werden auf die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft und letztendlich auf die Verbraucher abgewälzt. Namhafte Chips- und Pommes-Hersteller wie Funny-Frisch, Chio, Chipsletten sowie Burger King, LSG Lufthansa, Tank und Rast, Nordsee und Agrarfrost sprechen sich klar gegen GV-Speisekartoffeln aus. Und: für Amflora gibt es keinen Bedarf, denn die Stärkeindustrie hat eigene Stärkekartoffeln entwickelt mit gleichen Eigenschaften – ohne gentechnische Manipulation. „Amflora ist gefährlich, weil sie als Markergene Antibiotika enthält, die von der Weltgesundheitsorganisation als wichtige Reserveantibiotika eingestuft werden“, sagt denn auch Greenpeace-Expertin Martin Hofstetter. Die Umweltor-

ganisation hatte mehrfach mit Aktionen versucht, die Pflanzung der GV-Kartoffeln zu verhindern. So pflanzten sie auf dem angemeldeten Acker die Alternativsorten „Eliane“ und „Henriette“, die der niederländische Stärkekonzern Avebe gezüchtet hat. Sie enthalten fast genauso viel der gewünschten Stärkekomponente Amylopektin wie Amflora. Henriette ist sogar ertragsstärker. Im Vorfeld haben Greenpeace-Aktivisten versucht, das im letzten Jahr unter der Flagge „Freisetzungssack“ erzeugte Amflora-Pflanzgut, das in einer Scheune lagerte, durch Anketten an den Scheunentoren zu sichern. Das hielt den BASF-Vertragslandwirt nicht davon ab, zur Tat zu schreiten. Seine Mitarbeiter flexten die Greenpeacer frei, nachdem er sie dazu angewiesen hatte – ein nicht ungefährliches Unterfangen, was andere lieber der Feuerwehr überlassen. Hier schaute die Polizei nur zu. „Es gibt hier viele Abhängigkeiten, der Bauer ist der größte Arbeitgeber im Dorf“, beschreibt Marlies Wöllner von der ortsansässigen Bürgerinitiative gegen die Amflora die Situation vor Ort. Sie sieht ihre Aufgabe und die ihrer Mitstreiter in der Aufklärung neben dem aktiven Widerstand. Im Dorf immer wieder Fragen zu stellen und aufzuzeigen, wo denn überall die BASF-Kartoffeln landen, in Futtertrögen und im Direktverkauf. Das bringe die Leute zumindest zum Nachdenken, wenn sich auch Viele nicht trauten, „eine andere Meinung zu haben.“

### Amflora stoppen

„Im Sinne des Vorsorgeprinzips muss der Anbau der Amflora sofort gestoppt werden. Deutschland muss ein Anbauverbot aussprechen, wie dies die österreichische Bundesregierung bereits getan hat“, fordert die AbL Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) und ihre LänderkollegInnen auf. Auch ihr bulgarischer Kollege hat für sein EU-Neuland im Rahmen der Koexistenz Abstandsregelungen von bis zu 30 km zu Naturschutzgebieten eingeführt und damit ein de facto Anbauverbot geschaffen. Die EU-Kommission will künftig das Selbstbestimmungsrecht der Regionen stärken: Sie sollen selber entscheiden, ob sie den Anbau einer GV-Pflanze tatsächlich zulassen wollen. Diese Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten dann auch im Sinne dessen zu nutzen, was die Bevölkerung will, daran werden sich Ilse Aigner und ihre Kollegen und Kolleginnen messen lassen müssen. *av/cs*

Neues AbL-Hintergrundpapier zur BASF-Kartoffel Amflora unter:  
<http://www.abl-ev.de/themen/gentechnik-frei/anbau-und-freisetzung.html>



Zeigte sich bisher von den Protesten unbeeindruckt: Landwirtschaftsministerin Aigner

Foto: Langrock/Greenpeace

# Milchbauern klagen gegen atomares Zwischenlager

Urteil des OVG Lüneburg zum Zwischenlager Unterweser wird am 23. Juni erwartet

Ortsausfahrt Rodenkirchen. Eine 4.000-Seelen-Gemeinde im niedersächsischen Landkreis Wesermarsch. Grünes, plattes Land soweit das Auge reicht. Vorbei an Kühen, Schafen und Gräben geht es über die schmale Landstraße zum Hof der Familie Tantzen. Obstbäume auf der Auffahrt, im Garten ein Trampolin. Rechts der neue Laufstall für die gegenwärtig etwa 400 Milchkühe. „700 sollen es einmal werden“, sagt Tanno Tantzen bescheiden. Der 41-Jährige übernahm 1999 den elterlichen Milchviehbetrieb mit gut 250 ha Land, davon 190 ha Grünland. Zusammen mit Frau Susanne, seinem Vater sowie sechs Angestellten bewirtschaftet er ihn. Wir gehen durch die Küche ins große Esszimmer. Durch das Fenster sehe ich ein Motorrad Richtung Hof fahren. „Hat er das Auto doch nicht bekommen“, schmunzelt Tantzen. Hinrich Brader legt seinen Helm ab und hängt die schwarze Lederjacke an den Haken. Tantzen, der Tee und Kekse serviert, grinst: „Da geht der Rocker hin.“ Die langjährigen Nachbarn begrüßen sich lachend. Auch Brader – dank seiner norddeutschen Mundart unverkennbar aus der Gegend – führt den elterlichen Milchviehbetrieb. „2001 haben wir auf Biolandbau umgestellt. Aus wirtschaftlichen Gründen.“ Er lässt den Blick durch die randlose Brille aus dem Fenster schweifen. Schon davor habe der Familienbetrieb seine heute 78 Hektar extensiv bewirtschaftet, nicht gedüngt und kaum Pflanzenschutzmittel eingesetzt – letzten Endes sei die Entscheidung aus Konsequenz gefallen. Heute gehört er dem Erzeugerverband Bioland an und beliefert mit seinen 60 Milchkühen die Molkerei Söbbeke.

## Erinnerung an Tschernobyl

Außer, dass sie sich seit Jahrzehnten kennen, haben die beiden Milchbauern noch etwas anderes gemeinsam: Ihre Weiden liegen in unmittelbarer Nähe zum Atomkraftwerk Unterweser und dem 2007 von Eon Atomkraft in Betrieb genommenen Zwischenlager. Brader: „Wir haben Angst um unsere Existenzen. Als Landwirte können wir nicht einfach von hier weggehen und irgendwo anders neu anfangen, sollte etwas passieren.“ Er erinnert sich an das Reaktorunglück 1986 in Tschernobyl: „Obwohl das soweit weg war, mussten wir unsere Tiere reinholen.“ Der 57-Jährige befürchtet, die Milchproduktion in der ganzen Wesermarsch käme zum Erliegen, würden vor seiner Haustür beispielsweise durch einen un-

richten Castor-Behälter auch nur Spuren von Radioaktivität entweichen. „Das sind Sachen, die einem Angst machen. 40 Jahre soll der Müll hier lagern, das ist mehr als eine Generation.“ Deshalb reichten die Landwirte 2003 Klage ein gegen die erteilte Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager. Beide Milchbauern lehnen Atomkraft nicht kategorisch ab. „Früher habe ich mir nicht viel Gedanken gemacht. Das Werk stand seit Jahren da“, sagt Tantzen, Vater dreier Kinder (12, 14, 16). Brader pflichtet ihm bei: „Früher dachten wir: Saubere Technik. Kein Öl. Alles blitzblank. Und man ging in den Anfangszeiten davon aus, dass bis zur

AKW automatisch abgeschaltet. Nach sechs Jahren war am 17. Februar dieses Jahres Prozessauftritt vor dem Obergericht Lüneburg.“

## Gutachten als Verschlussache

„In all den Jahren haben wir uns manchmal gefragt, ob da überhaupt noch mal was kommt“, erinnert sich Tantzen. Nun wurde das Urteil auf den 23. Juni vertagt, da das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ein Gutachten für den Fall eines Boeing A 380-Absturzes nachreichen musste. Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit – vom BfS mit dem Gutachten beauftragt – ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein solches

wurde es mit einer Betonkuppel von 80 Zentimetern Dicke (heutiger Standard 200) unter Protest der Anti-Atomkraft-Bewegung erbaut. Zwischenzeitlich ebte der Widerstand ab. Neuer Protest erwachte, als die rot-grüne Bundesregierung 2000 im sogenannten Atomkonsens beschloss, Zwischenlager an allen AKW-Standorten zu errichten. Obwohl das AKW größter Arbeitgeber in der strukturschwachen Region ist, sprachen sich bei einer Bürgerbefragung der Gemeinde zwei Drittel der Einwohner gegen ein Zwischenlager aus – gebracht hat das nichts.

## David gegen Goliath

Der Widerstand gegen das Zwischenlager mit seinen 80 Castorstellplätzen brachte vor etwa zehn Jahren den Stein für die Gründung der Bürgerinitiative „Aktion Z“ ins Rollen, die den Anstoß für eine Klage gab. Als einer ihrer Sprecher ist Hinrich Brader in die 14-tägigen Treffen eingebunden. Brader erinnert sich gern an eine besondere Aktion: „Wir kündigten im Radio an, wir würden die Gleise sprengen.“ Er schmunzelt. „Als die Presse da war, standen ein paar Bauern mit Gießkanne auf den Gleisen.“ Die Pressearbeit der „Aktion Z“ ist ihm wichtig, denn Gerichtsurteile würden auch von der öffentlichen Meinung beeinflusst. Tantzen unterstreicht: „Die ‚Aktion Z‘ ist in Rodenkirchen durchgehend bekannt.“ Sie habe einen seriösen Ruf. Auch mehrere Schlepper-Demonstrationen und Spendensammlungen für den Prozess hat die Bürgerinitiative organisiert. Brader ärgert sich manchmal, dass er zu Bauzeiten des AKWs noch nicht zur Widerstandsbewegung gehörte. Er hält es für unverantwortlich, nachfolgende Generationen das Problem der Entsorgung ausbügeln zu lassen, weil die Politik eine Lösung hinausschiebt.

„Ich gehe davon aus, dass, wenn wir Erfolg haben, die Gegenseite in Berufung gehen wird“, sagt Brader. Tantzen meint: „Unser Widerstand hat etwas vom Kampf zwischen David und Goliath.“ Brader werde dann nicht noch einmal dagegen angehen, „sonst werde ich noch so ein Dickkopf.“ Von Verbitterung ist allerdings nicht viel zu merken, als er neben seinem Engagement von seiner jährlichen Männer-Motorradtour spricht. Und Tantzen ist überzeugt: „Selbst wenn wir nur einen Teilerfolg erzielen sollten, wird der Betreiber wenigstens seine Sicherheitsvorkehrungen verbessern müssen.“ *ch*



Die beiden Kläger in Tantzens (re.) Kuhstall, 1,5 km vom Zwischenlager entfernt. Foto: Hinck

Jahrtausendwende Endlager geschaffen seien.“ Doch durch das Zwischenlager habe sich das Risikopotential verdoppelt. Die Lagerhalle stellt über die Castoren hinaus keine Barriere gegen Radioaktivität dar. Tantzen fügt mit Blick darauf hinzu: „Was hat man da als Landwirt für ein Gefühl? Man fragt sich, welchen Wert der Betrieb noch hat.“ Und auch die Banken würden im Notfall ihre Konsequenzen ziehen. Die Landwirtschaftskammer nähme zwar im Sommer monatlich Milch-, Gras- und Bodenproben. Man höre, die Werte besserten sich seit Tschernobyl kontinuierlich. Trotzdem bleibt Tantzen skeptisch. Auch Störfälle im AKW wie 1998 bleiben ihm im Gedächtnis. Damals war ein Sicherheitsventil nach einer Überprüfung des Reaktors abgeschaltet und anschließend vergessen worden. In der Folge hatte sich das

Szenario für die Region keine relevanten Auswirkungen hätte. Nach Entscheidung des BfS muss das Gutachten jedoch vertraulich behandelt werden. „Geheimsache – Ein Witz...“, meint Brader kopfschüttelnd. Der Anwalt der beiden Kläger, Ulrich Wollenteit, seit Jahren auf dem Gebiet des Umwelt-, Planungs- und Atomrechts tätig, beruft sich in der Klage um das Zwischenlager auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2008. Danach müssen Betreiber Anlagen vor Angriffen, insbesondere terroristischen Angriffen, schützen. Wie leicht es ist, auf das Gelände vorzudringen, zeigte 2009 eine spektakuläre Greenpeace-Aktion, bei der Aktivisten die Kuppel erklommen und dort ein Totenkopf-Symbol hinterließen. Für Tantzen erschreckend. Das AKW Unterweser war schon zu Bauzeiten veraltet. In den 70er Jahren

## Wenig Milch, aber viele Ideen

In Moldawien, im Südosten Europas, zwischen Rumänien und Ungarn, ist Milch ein begehrtes Gut. Die Preise sind trotzdem schlecht

Egal ob 450 oder 8 Mitarbeiter. Eine der größten Herausforderungen für die moldawischen Molkereien ist es, genug Qualitätsmilch zu bekommen. Die moldawischen Kühe kalben vorwiegend im Frühjahr ab, dann ist mehr Futter vorhanden. Besonders im Winter kommt es deshalb zu Engpässen bei den Milchverarbeitern.

Das große Problem der moldawischen Molkerei „Zestrea Gheorghe“ ist nicht zu übersehen. Pro Tag könnten hier 8 Tonnen Milch verkäst werden. Aber der Boden der Verarbeitungswanne, in der Chefin Ana Zestrea (41) mit einem großen Holzspatel herumrührt, ist gerade mal bedeckt. Heute werden nur 500 kg Milch verarbeitet, mehr ist nicht da. Die Molkerei ist von der Zu-

Kräutern. Der Käse wird in etwa 1 cm dicke Streifen gepresst und gerollt. Er ist in Vakuum verpackt ca. 45 Tage haltbar. Die Idee für diese Rollen hat Ana Zestrea aus der Ukraine mitgebracht. Sie arbeitet in Odessa in einer Molkerei. Dort lernte sie die Herstellung der Spezialität und beschloss, mit ihrem Mann Gheorghe Zestrea (43) nach Moldawien zu gehen. Hier wurde dieser Käse noch nicht produziert. Mit Hilfe eines Kredits von 1,5 Mio. Lei (umgerechnet ca. 86.000 Euro) baute das Ehepaar im Dorf Zabriceni ein heruntergekommenes Gebäude einer ehemaligen Kolchose zu einer Molkerei um. Das Gebäude sieht von außen wie eine weiße Insel in einem Abbruchgelände aus. Heute arbeiten hier 8 Angestellte in 12-Stunden-Schichten. Die Produktion und Verpa-

JLC Group. Aus einer kleinen Molkerei in der Hauptstadt Chisinau ist innerhalb der letzten 5 Jahre ein international tätiger Konzern mit Niederlassungen in der Ukraine, Weißrussland und Kasachstan geworden. Die JLC Group beschäftigt insgesamt 8.000 Mitarbeiter. In Chisinau sind 450 Angestellte in Verwaltung und Produktion tätig.

### Gouda aus Holland

Elena Jardan ist für den Bereich „internationale Beziehungen“ zuständig, Vasilii Shoshev arbeitet als Manager. Sie führen durch die Büroräume, die frisch modernisiert aussehen. Es gibt mehrere Zimmer, in denen Frauen hinter riesigen Papierbergen sitzen und Daten in ihren Computer eingeben. Die Produktionsräume dürfen

mehr Umsatz gemacht, wir haben die Gehälter unserer Angestellten um 10 Prozent erhöht.“

„Unser Problem hier ist nicht der Absatz, sondern die Milchbeschaffung“, sagt Elena Jardan. „Deshalb haben wir eine eigene Milchproduktion angefangen mit ca. 500 Kühen.“ Diese Zahl soll in Zukunft noch erhöht werden. Es sind Tierimporte aus Ungarn und Holland geplant. Zwei Bauern wurden für die Ausbildung nach St. Petersburg geschickt. Um Landwirte an die Firma zu binden, vergibt JLC Kredite zu Null Prozent Zinsen. Ein Bauer, der so aussieht, als hätte er in seinem ganzen Leben noch keinen Kredit erhalten, ist Nicolas Anton Romon. Er weidet seine 60 Ziegen und Schafe auf einem Hügel über der Stadt Orhei. Es ist Abenddämmerung. Die Tiere sind im Pferch und warten. Romon wartet auch, auf seine Melker. Er hat Zeit für ein Gespräch. „Wie ist es bei Euch, was habt Ihr für Ziegen, was fressen die“, fragt er. Jede Antwort kommentiert er mit: „Interessna, interessna!“ Dann sind die zwei Helfer da und los geht es. Romon packt die Tiere an den Hörnern, der Melker braucht nur einige Sekunden, die Ziege ist fertig und springt erleichtert davon. Romon hat eine kleine, niedrige Hütte neben dem Pferch. In der steht sein Bett und hier macht er Brinsa-Käse. „Nimm mit“, sagt er und verschenkt einen großen, weißen Klumpen. Wieso wirkt er so zufrieden?

### Subsistenzbetrieb mit 2 Kühen

Die Milchproduktion in Moldawien ist rückläufig. Für viele Bauern lohnt es sich nicht, Milch zu verkaufen. Die Preise sind ähnlich niedrig wie vor sieben Jahren, (0,13 Euro/kg Milch).

Von insgesamt 580.000 t in Moldawien produzierter Milch werden nur 150.000t in Molkereien verarbeitet. Ein großer Teil der Milch wird von Subsistenzbetrieben mit ein bis zwei Kühen geliefert. Diese Haushalte haben kein Geld, in die Viehhaltung zu investieren. Das Futter der Kühe ist nicht ausgewogen. Um eigenen Futterbau zu betreiben, fehlen Maschinen und Land. Die Höfe haben im Schnitt zwei Hektar. Aber auch bei größeren Lieferanten gibt es Probleme mit mangelnder Hygiene, Kühlung und der Mastitiskontrolle. Die Milcharbeiter haben große Konkurrenz durch billige Importe aus der Ukraine und Weißrussland. Hier sind die Produktionskosten niedriger. Außerdem wird in großen Mengen Analogkäse eingeführt.

Astrid Thomsen,  
freie Journalistin



Nicolas Anton Romon (stehend) hat 60 Ziegen. Er lebt sehr bescheiden ohne die Suche nach dem nächsten Wachstumsschritt. Foto: Thomsen

teilung durch die Milchsammelstelle im Dorf Zabriceni in Nordmoldawien abhängig. Es ist Winter, und die Menge ist knapp. Der wichtigere Abnehmer erhält das größere Quantum. Das ist in diesem Fall die Firma Lactalis-Alba und nicht die 2009 neu gegründete Dorfkäserei „Zestrea Gheorghe“. Lactalis Alba bezahlt an die Milchsammelstelle 2,35 Lei/kg Milch (umgerechnet ca. 0,13 Euro). Die örtliche Käserei muss 2,70 Lei/kg geben.

### Lokale Spezialität

Bis auf die Rohstoffknappheit ist der neue Betrieb gut in Schwung gekommen. Hauptprodukt ist der „Ghezan“, ein sehr frischer, ungerieferter Käse, der in verschiedenen Varianten hergestellt wird. Natur, mit Kirschenholz geräuchert oder mit

ckung der Rollen erfordert viel Handarbeit. Auch der Sohn des Ehepaars arbeitet mit. Der Käse wird für 7 Dollar/kg an Händler verkauft. Im Geschäft kostet er dann 13 Dollar. In Zukunft sollen auch frische Produkte wie etwa Joghurt und Smetana (Schmand) hergestellt werden.

### Klein gegen Groß

„Wenn wir nur mehr Geld hätten“, sagt Gheorghe Zestrea, Ehemann von Ana Zestrea. „Wir suchen einen Investor. 30.000 Dollar wären gut. Wir würden dann die Milch direkt bei den Bauern einsammeln und könnten alle 5 Tage bezahlen. Das wäre dann unser Vorteil. Im Moment bezahlen wir nach 10 Tagen, die großen Unternehmen im Land oft nur einmal im Monat.“

Eines dieser großen Unternehmen ist die

nicht besichtigt werden. Als Grund wird genannt, dass gerade eine Hygienekontrolle stattfindet. Die Molkerei in Chisinau stellt Trinkmilch, Sauermilchprodukte, Butter und Milcpulver her. „Für die Käseproduktion ist zu wenig Milch vorhanden“, sagt Elena Jardan, „wir importieren Gouda aus Holland.“ Insgesamt sammelt die JLC in allen Niederlassungen in Moldawien ca. 250 t Milch je Tag ein. Die JLC-Gruppe exportiert hauptsächlich Butter, Trockenmilch, Eis und Getränke. Für die Mineralwassergewinnung ist vor kurzem ein 175 m tiefer Brunnen gebohrt worden. „Krise, welche Krise“, antwortet Manager Shoshev auf die Frage nach der aktuellen wirtschaftlichen Lage der Firma. „Unsere Produkte werden immer gebraucht, wir suchen dringend Mitarbeiter. Von 2008 bis 2009 haben wir 10 Prozent

## Für eine bäuerliche Landwirtschaft

AbL Bayern diskutiert GAP 2013

Die AbL Bayern hat sich mit einer eigenen Tagung frühzeitig in die Diskussion um die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) eingeschaltet. Dazu hat sie Referentinnen und Referenten aus unterschiedlichen Bereichen hinzugezogen.

Ministerialrat Anton Dippold erläuterte die Positionen des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums. Landwirtschaft und Agrarpolitik stünden vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Eine weitere Deregulierung der Märkte sei zu erwarten. Das erfordere auch neue Antworten wie z.B. Terminbörsen für alle Produktbereiche. Die Direktzahlungen behielten die Aufgabe, die landwirtschaftlichen Betriebe zu stabilisieren. Zudem seien sie ein Ausgleich für höhere Standards und zur Sicherstellung öffentlicher Güter erforderlich. Eine besondere Stärke und Chance

der für örtlich begrenzte Agrarumwelt- und Vertragsnaturschutz-Maßnahmen geben. Drittens schlägt der Rat Landschaftspflegemittel für die Aufrechterhaltung von ökologisch wertvollen Bewirtschaftungsformen vor, wo ohne Unterstützung ein Brachfallen drohe. Es gehe nicht darum, im EU-Agrarhaushalt zu sparen, sondern die Gelder ökologisch positiv wirksam werden zu lassen.

Von der AbL-Geschäftsstelle zeigte Ulrich Jasper auf, dass die heutige Zuteilung der Zahlungen bäuerliche Betriebe gegenüber stark rationalisierten flächenstarken Betrieben schlechter stelle. Wenn Direktzahlungen das Einkommen der Bauern und Bäuerinnen stabilisieren sollten, dann müssten sie statt nur an der Fläche auch an den Faktor Arbeit gebunden werden. Eine starke Staffelung der Zahlungen, wie von der EU-Kommission 2007 vorgeschlagen, sei deshalb weiterhin



Foto: Jacob/pixelio

der bayerischen Agrarwirtschaft sei das Heraustreten aus einer ansonsten zunehmenden Austauschbarkeit der Erzeugnisse. Lutz Ribbe, Direktor bei EuroNatur, zeigte in einem eindrücklichen und lebendigen Vortrag zwei verschiedene Entwicklungspfade auf. Entweder die europäische Landwirtschaft werde zum reinen Lieferanten billiger Rohstoffe für eine weltmarktorientierte Agrarindustrie degradiert. Oder aber das Europäische Agrarmodell einer vielfältigen, natur- und umweltschonenden Landwirtschaft werde endlich mit Leben erfüllt. „Beides zusammen geht nicht. Eine multifunktionale bäuerliche Landwirtschaft ist nicht zu Weltmarktpreisen zu haben“, so Ribbe. Er forderte dazu auf, sich bei der Reform nicht nur um das Geld, sondern auch um stabile Märkte zu kümmern.

Dr. Ulrike Doyle aus Berlin stellte den Vorschlag des Sachverständigenrat für Umweltfragen zur Umgestaltung der Brüsseler Agrargelder vor. Statt der bisherigen Direktzahlungen solle eine flächendeckende „ökologische Grundprämie“ eingeführt werden, die statt an geltende Rechtsvorschriften (Cross Compliance) an die Vorgabe gebunden sein soll, auf mindestens 10 Prozent der Betriebsfläche an Agrarumweltmaßnahmen teilzunehmen oder Hecken, Buntbrachen oder ähnliches nachzuweisen. Daneben solle es eine För-

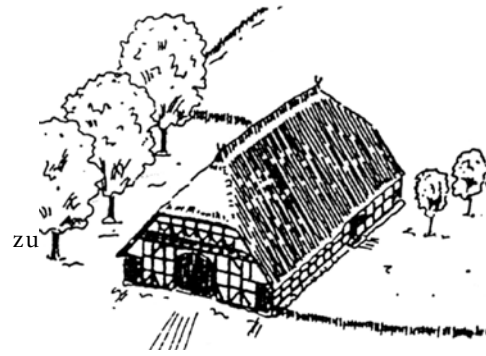
derung notwendig und mit der Anrechenbarkeit von betrieblichen Lohnkosten zu verbinden.

Dr. Gerhard Hovorka von der österreichischen Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien stellte ein anderes Modell vor, um die Direktzahlungen direkt an den Faktor Arbeit statt an die Fläche zu binden. Dabei werden nicht die tatsächlichen Arbeitskräfte der einzelnen Betriebe herangezogen, sondern der standardisierte, also durchschnittliche Arbeitszeitbedarf für verschiedene Kulturen und andere Erzeugungsbereiche. Die tatsächliche Höhe der Zahlungen für den Einzelbetrieb errechnet sich dann aus diesen Durchschnittswerten und den in jeweiligen Sammelantrag des Betriebes angegebenen Daten. Das Modell komme daher für 94 Prozent der Betriebe ohne die Erfassung weiterer Daten aus. Das Modell ist im Rahmen einer Studie in Abstimmung mit dem Wiener Ministerium 2007/08 erstellt worden.

Der AbL-Landesvorsitzende Josef Schmid betonte zum Abschluss der Tagung, wie wichtig für die AbL die Berücksichtigung der Arbeitskräfte bei der künftigen Zuteilung der Direktzahlungen ist. Und er kündigte an, die Anregungen und Ergebnisse der Tagung auch in die Bayerische Zukunftskommission einzubringen, die vom Bayerischen Minister Josef Brunner eingerichtet worden ist und vom ehemaligen EU-Kommissar Franz Fischler geleitet wird. AbL

## Verpasst!

„Gehst du wieder zu deinem Belustigungsverein?“, fragt mein Mann mit leicht ironischem Unterton. Ich habe angefangen, mir kleine Inseln zu schaffen, wegen der Work-Life-Balance, wie man heute so schön sagt, und um die Pflege der Schwiegermutter psychisch besser zu verkraften. Deshalb bin ich vor ca. zwei Jahren in den Landfrauenverein eingetreten. Obwohl von der



....aus Schleswig-Holstein

Struktur her leicht überaltert, erschien mir der Verein passend, denn die Veranstaltungen sind vorwiegend auf die Wintermonate gelegt und zur Melkzeit bin ich wieder Hause. Neben unkomplizierten Alltagsgesprächen wird ein Zusammengehörigkeitsgefühl vermittelt und das Programm ist durchaus vielseitig und informativ. Die

Damen des Vereins waren mir fast alle unbekannt. Die letzten 30 Jahre habe ich vornehmlich auf dem Betrieb gearbeitet und nur Bekanntschaften innerhalb des Dorfes gepflegt. Zu Hause ist alles durchorganisiert und ich freue mich auf die Fahrt des Landfrauenvereins zur BUGA. Sollte ich mir das etwa entgehen lassen, nur weil unsere oberste Vorsitzende bei Frau Merkel unpassende Äußerungen von sich gegeben hat? Ich verbrachte eine schlaflose Nacht und träumte: Sie sagt, sie vertritt 500.000 Landfrauen. „Wie viele davon mögen Milchbäuerinnen sein?“, geht es mir durch den Kopf. „Manche Betriebe müssen eben weichen“, sagt wieder die Stimme. Plötzlich bin ich mir ganz sicher: Damit hat sie mich gemeint!!! Aber sie kennt mich doch gar nicht! Schweißgebadet wache ich auf. Ich bin entschlossen, ja morgen sage ich allen die Meinung. Sie sollen mir Rede und Antwort stehen, wie das mit der LIDL-Spende zustande gekommen ist und was sie von den Äußerungen der Brigitte Scherb halten. Schon im Bus werde ich das Mikrofon nehmen und die Sache klarstellen. Im Kopf formuliere ich die passenden Sätze; notfalls einen Spickzettel einstecken. Völlig unausgeschlafen besteige ich am nächsten Morgen den Bus und verschaffe mir erstmal einen Überblick. Könnten (Milch-) Bäuerinnen dabei sein? Wohl eher nicht, jedenfalls nur wenige Aktive. Ich bin deplaziert und es verlässt mich der Mut angesichts der fröhlichen Gesichter. Soll ich ihnen den Tag verderben? Vielleicht findet sich im Laufe des Tages ein passender Moment für ein Gespräch mit unserer Vorstandsvorsitzenden. Die BUGA erstreckt sich über ein großflächiges Gelände und ich sehe meine Mitreisenden erst zur Heimfahrt wieder. Jetzt sind die einen von den Eindrücken überwältigt und die anderen einfach nur k. o. Kurz vor der Ankunft erzähle ich meiner Sitznachbarin doch noch von meinem verpassten Vorhaben. Im Gegenzug werde ich gefragt: Was unterscheidet denn eigentlich eine Milchbäuerin von einer „normalen“ Bäuerin? Und wer ist Brigitte Scherb?

Eine Bäuerin (42 Jahre) erzählt ...

## Leserbrief

## „...in die Weite Brandenburgs“

Ich finde es ganz großartig, wenn Menschen neu in die Landwirtschaft einsteigen, Höfe wieder zum Leben erwecken und dies mit Achtung vor den Tieren und der Natur machen.

Auf die Gefahr hin, mich damit für die „arschlochfreie Zone“ zu disqualifizieren, möchte ich trotzdem auch einen Punkt ansprechen, der mir negativ aufgestoßen ist: „die Tierhaltungskriterien des Demeter-Anbauverbandes gingen Sonja Moor nicht weit genug.“ Öko-Richtlinien sind ja immer nur Minimalanforderungen, ganz gleich, ob es sich um das allerniedrigste Niveau der EU-Ökoverordnung handelt, um die verschiedenen Richtlinien der biologisch-organischen Verbände oder eben um die Kriterien von Demeter. Die allermeisten Betriebe, die nach den jeweiligen Richtlinien wirtschaften, gehen wohl in einem oder mehreren Bereichen über die Minimalanforderungen hinaus, entwickeln nach und nach andere Bereiche weiter und bemühen sich um eine ständige Verbesserung der Tierhaltung, des Umgangs mit dem Boden, der Betriebskreisläufe, etc. Wenn nun Sonja Moor die Demeter-Richtlinien in der

Tierhaltung nicht weit genug gehen, dann kommt mir die schöne Fabel vom Fuchs und den Weintrauben in den Sinn, die er, weil er sie nicht erreichen kann, kurzum als „zu sauer“ abqualifiziert: In der demeterzertifizierten Landwirtschaft dürfen hörnertragende Rinder gehalten werden. Grund dafür ist, dass die Hörner einen positiven Einfluß auf die Qualität des Kuhmistes ( und der Milch!) haben und dieser Mist wiederum – als Dünger – die Qualität der erzeugten Lebensmittel steigert. Enthornete und sogar genetisch hornlose Rinder sind im Demeterbereich tabu. Und während die von Sonja Moor gehaltenen Wasserbüffel bestimmt mit wunderbaren Hörnern ausgestattet sind, gehören die Galloways zu den genetisch hornlosen Rassen und kommen damit für einen Demeterbetrieb nicht in Frage. Fazit: Es ist eher so, dass die Demeterkriterien für Sonja Moors Tierhaltung zu weit gehen. Und es ist wirklich praktisch, wenn man sich eigene Richtlinien setzt: Die kontrolliert kein Außenstehender und man kann sie ganz flexibel handhaben...

*Elke Hochreiter, 84508 Burgkirchen*

## Leserbrief

## Zum Thema BHV – Impfung

Es geht um die Art und Weise wie BHV-positive Betriebe saniert werden. Langjährige Reagenten werden seit Jahren geimpft und zum 1. Juli 2010 sollen sie gekeult, werden damit die Veterinärämter Erfolg bei der Sanierung dokumentieren können. Diese Tiere haben in all den Jahren weder Symptome der Infektion gezeigt, noch wurden gesunde Tiere in der gleichen Herde infiziert. Gleichzeitig gibt es jedes Jahr - oder neuinfizierte Betriebe, bei denen die Herkunft der Infektion unbekannt ist, deren Ursache allerdings auch nicht weiter verfolgt wird. So zumindest hat es den Anschein. Tierhalter bleiben leider nur einseitig informiert. Ich selber habe noch nie Symptome oder ein an BHV erkennbar erkranktes Tier gesehen. Wir, und auch zwei andere bekannte Betriebe haben auf eigene Kosten die langjährigen Reagenten auf Feldvirus untersuchen lassen. Bei zwei Betrieben waren alle Altreagenten frei, und in unserem Betrieb war ein Altreagent von fünf frei. Auf diese Maßnahme wird weder vom Veterinäramt noch vom Bauernverband hingewiesen, wo das doch erstmal die einfachste und sinnvollste Weise wäre, Sanierungserfolge dar zu stellen.

So können Tötungsanordnungen aufgrund der alten Untersuchungsmethode

mit Ergebnissen, die teilweise älter als 10 Jahre und mit einer hohen Fehlerquote behaftet sind, nicht rechtens sein. Weiterhin frage ich mich ob die seit Jahren erhobenen doppelten TSK-Beiträge für betroffene Betriebe auf dieser Basis überhaupt zu Recht eingefordert werden durften. Zudem konnten Betriebe aufgrund der teils fehlerhaften Untersuchungsergebnisse nur sehr eingeschränkt Tierverkäufe durchführen oder wurden ganz vom Zuchtrinderhandel gesperrt.

Zum Thema Blauzungenimpfung: Wenn Betriebe die natürliche Immunisierung mit dem Blauzungenvirus nachweisen konnten, waren sie von der Impfpflicht befreit, so war es gängige Praxis bei vielen Veterinärämtern. Dieses hatte natürlich auf eigene Kosten zu geschehen (5 €/ Tier). Nach dem Kostenverursachungsprinzip, wie es auch bei der BVD-Bekämpfung angewandt wird, können Betriebe, die von der Blauzungenimpfung befreit waren, die mit 1,50 €/ Tier von der TSK bezeichneten Kosten für die Impfungen zurückfordern. Leider wurde auch hier von der TSK und vom DBV versäumt darauf hinzuweisen.

*Jürgen Rademacher,  
27616 Beverstedt*

## Leserbrief

## „Für bessere Preise kämpfen“

Die zur Kostendeckung nicht ausreichenden Getreidepreise und gesellschaftliche Beobachtungen veranlassen oder gar zwingen mich, in einem möglichst kurzen Leserbrief einige Gedanken meinen Berufskollegen darzustellen und zur Diskussion zu stellen. Es dürfte unstrittig sein, daß die Getreidepreise der letzten Jahre absolut unzureichend sind, wenn der Hof als Lebens- und wirtschaftliche Existenzgrundlage für nachfolgende Generationen im positiven Sinne konserviert werden soll (lat. conservare – aufbewahren, aufrechterhalten) Es stellt sich in diesem Zusammenhang zunehmend die Frage, ob es noch ausreicht, Gebäude und Felder im Wert zu erhalten und wenn möglich gar zu verbessern oder ob man nicht allmählich auch eine Verantwortung oder Pflicht verspüren muß, neben der Arbeit auch politisch für bessere Preise zu kämpfen. Dabei

Produkt zu verkaufen. Dabei scheint mir, dass der BDM zwar vordergründig für die Milchviehalter kämpft, aber bei genauerer Betrachtung arbeitet er doch für uns alle und kann auch für andere Bereiche in der Landwirtschaft Vorbild sein, denn es gilt doch, das Grundproblem zu lösen, als Erzeuger selbst dafür Sorge zu tragen, das Warenangebot möglichst knapp unterhalb der Nachfrage zu steuern. Dabei könnten die Getreidebauern es viel einfacher haben als die Milchbauern. Hierzu lautet mein konkreter Vorschlag: Wir stellen unsere Arbeit auf dem Getreidefeld nach dem Ausbringen von Herbiziden und einer ersten Stickstoffdüngung ein. Die verbleibende Zeit bis zur Ernte nutzen wir damit, notwendige organisatorische und politische Strukturen mindestens europaweit aufzubauen und unseren Nachbarn davon zu überzeugen, dass es



Foto:BLE/Stephan

steht eigentlich nur das Ziel vor Augen, auch heute noch in unserer vermeintlich neokapitalistischen Zeit und in einer globalisierten Welt als Mensch von seinen Marktpartnern respektiert und für seine Arbeit angemessen und auskömmlich entlohnt zu werden. Wenn wir in dieser Richtung nicht auch bald aktiv werden, finden unsere Nachfahren zwar vielleicht einen gepflegten, fruchtbaren Acker und ein frisch gestrichenes Hoftor vor, dass es dann allenfalls wegen unzureichender Erzeugerpreise noch zu schließen gilt.

Die Ausnahmejahre 2003 und 2007, als die EU-Politik ihr Instrumentarium zur Preisabschwächung genutzt hat, haben deutlich gezeigt, dass wir bei unserer Zielsetzung keine Unterstützer und Freunde haben. Dieser Eindruck bestätigt sich auch bei der Milch(preis)politik der letzten Jahre. Hier verdient der BDM Respekt und große Anerkennung mit seinem enormen Engagement, im europäischen Miteinander selbst die Menge dem Bedarf anzupassen im Einklang mit kirchlichen, sozialen und ökologischen Verbänden unter Einbeziehung der Verbraucher. Bewundern kann man auch den Versuch mit der „Fairen Milch“ ohne Discounter sein

sinnvoller ist, für ein gemeinsames Ziel sich einzusetzen als kleinkariert ohne Weitblick in einer globalisierten Zeit mit weltumspannenden Konzernen besser sein zu wollen als der Nachbar. Im Idealfall führt das dann dazu, dass wir eventuell für eine um ca.1/3 kleinere Ernte den doppelten Preis bei geringeren Produktionskosten erzielen können. Noch viel schöner wäre dabei, wenn bei dem einen oder anderen Menschen unserer Gesellschaft die Erkenntnis dämmern würde, dass Bauern nicht nur Subventionsempfänger sind, sondern auch in beträchtlichem Umfang Waren einkaufen und ihre Arbeit mindestens soviel kulturellen Wert wie die eines Bankers oder Managers hat. Dazu muß er allerdings fähig sein, einen Zeitraum deutlich länger als ein Quartal zu betrachten und am besten wie wir in Generationen denken.

Der Vorschlag mag dem einen als naive Utopie erscheinen, dem anderen Anlaß geben, die Getreidepreise, die als Eckpreise auch für viele andere landwirtschaftlichen Produktpreise die Richtung vorgeben, aus einer anderen Perspektive zu sehen und vielleicht sogar politisch initiativ zu werden.

*Peter Rosendahl, 52355 Düren*

## Brisantes aus Gatersleben

Pünktlich zur Verhandlung in der Berufungsinstanz der Schadensersatzklage (4. Mai 2010, Oberlandesgericht in Naumburg) gegen die sechs Beklagten, die im April 2008 den umstrittenen Freisetzungsvorhaben von gentechnisch verändertem Weizen in der Genbank Gatersleben stoppten, erscheint nun die Hintergrundbroschüre: „Risiken und Nebenwirkungen – die Genbank Gatersleben und die Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen“. Trotz breitem Protest – Einwendungen von 30.000 Bürgerinnen und Bürgern sowie über hundert Lebensmittel- und Verarbeitungsunternehmen, Umwelt-, Ärzte, Bauern-, Saatgutzüchtungs- und Erhaltungsorganisationen, durfte der gentechnisch veränderte Weizen in unmittelbarer Nähe zu den Vermehrungsflächen alter Getreidesorten der Genbank Gatersleben freigesetzt werden. Gatersleben ist eine der weltweit umfangreichsten Genbanken für Kulturpflanzen aus aller Welt, speziell für Weizen- und Gerstensorten. Dies Kulturerbe wurde unmittelbar gefährdet.

Die Rechtsanwältin Katrin Brockmann, die zwei der sechs Beklagten vertritt, hat auf 60 Seiten Brisantes aus den Verwaltungs- und Prozessakten zusammen getragen. Anhand umfangreicher Quellen wird gezeigt, wie es zu der zweifelhaften Genehmigung der Freisetzung gekommen ist, warum die Genehmigung der Freisetzung

vor Gericht nicht überprüft werden konnte und auf welche Art und Weise dieser Versuch großzügig vom Kultusministerium Sachsen-Anhalt finanziert wurde.

Mit dem Kauf der Gatersleben-Broschüre unterstützen Sie die sechs Beklagten bei der Finanzierung ihrer Rechtsanwälte und der Öffentlichkeitsarbeit im Zivil- und Strafprozess.

av  
„Risiken und Nebenwirkungen – die Genbank Gatersleben und die Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen“, 60 Seiten, Kosten: 4,- € plus Versand, zu bestellen im AbL Bauernblatt Verlag, Fax: 02381 – 492221, verlag@bauernstimme.de, <http://www.bauernstimme.de/broschueren.html>



### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**  
bitte ankreuzen

Ausgabe:  2010  2009  2008  2007  2006  2005  2004  
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 € NEU!
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt,	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stürwoldt live, CD,	Stückpreis 13,90 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

### Kurzes am Rande

#### Vrenelis Gärtli

„Hexlen und Kunst machen und buurnen, alles mitenand oder auch eines um das ander“, so stellt sich das Vreneli sein Leben vor und springt tatsächlich unbändig von einem Abenteuer des Lebens ins nächste.

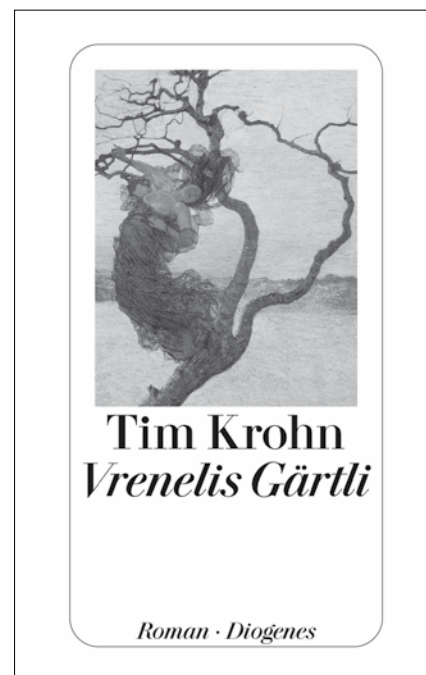
Das Mädchen wird von seinem Vater auf der Fessis Alp im Glarner Land aufgezogen. Die Alp und, wegen des frühen Tods der Mutter, auch der Vater, werden von den Dorfbewohnern mit wildesten Sagen umspinnen. Das Vreneli ist tatsächlich ein „bsundrigs“. In der Schule hält sie nicht viel, sie lernt lieber beim Bersiänneli, einer uralten Hexe, die schon mit ihrer Mutter befreundet war, das Zaubern. Als feuerrotes Füchsl streicht sie fortan durch die Bergwelt und rettet dabei die Tochter eines Fabrikanten aus den Fängen eines Hexers. Das Sabindli wird ihre beste Freundin und der Hexer ihr Verfolger.

Wer den Roman „Quatemberkinder“ gelesen hat, hat das Vreneli wiedererkannt. „Vrenelis Gärtli“ ist Fortsetzung oder vielmehr Parallelgeschichte des ersten Romans von Tim Krohn.

Und da das Vreneli bereits bei der ersten Begegnung mit dem Melk, dem Hauptdarsteller von „Quatemberkinder“, findet, dass der so ein meineidig Schöner sei „mit Augen so tief und verschuunet, wie nur ihr Müeti Augen gehabt hatte“, werden die Leben der beiden von da ab miteinander verflochten. Bis zum gemeinsamen bauern geschieht allerdings noch viel Zaubhaftes...

„Vrenelis Gärtli“ ist eine wilde, fantastische Bergweltgeschichte mit einer starken Hauptdarstellerin. Mundart-Passagen und schweizerdeutsche Wörter sind reichlich und werden im Anhang übersetzt. eda

Vrenelis Gärtli, Tim Krohn, Diogenes Verlag (Taschenbuch), 2010, ISBN 978 3 257 23962 1, 10,90 €, zu beziehen über den AbL-Verlag



## (Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de Anzeigenschluss für BS Juni 2010 ist am 17. Mai 2010.

### Hof und Arbeit

● Schäfereigenossenschaft Finkhof, Bioland Betrieb mit 700 Mutterschafen, Grünland- und Landschaftspflege sucht SchäferIn, AuszubildendeN oder PraktikantIn. Bewerbungen bitte an: Schäfereigenossenschaft Finkhof, St.-Ulrich-Straße 1, 88410 Bad Wurzach, ☎ 07564-93 17 30

● Praktikum im Weserbergland auf einem Bio-Bauernhof incl. Kost und Logis gesucht mit anschließender Möglichkeit zur dauerhaften Mitarbeit. Von: Lüneburger (35), Nichtraucher, Nichttrinker, ohne Führerschein, Bio-Lakto-Vegetarier. ☎ 01577-62 09 728

● Ausbildungsplatz für August 2010. Milchviehbetrieb am unteren Niederrhein, ca. 100 Kühe + Nachzucht, intensive Holsteinzucht und Jungzuchteraktivitäten, Schau- und Auktionsbeschickung. Biogasanlage 400kW, ca. 100 ha Acker- und Futterbau. Nahegelegener der Berufsschule. Bewerbung gerne telefonisch: ☎ 02821-502363

### Verschiedenes

● Alte Dorfstruktur in SW-Frankreich. FEWO für 2 P. oder FEHAUS für 6 P. Großer, nicht einsehbarer Garten. Atlantikstrandstrände in 80 km. ☎ 0521-4186, www.ARRAMIS.de

### Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Reico-Produkte für Boden, Pflanze, Tier und Mensch. Z.B. Lieferung von Hunde- und Katzennahrung im ganzen Bundesgebiet, nach Österreich und Holland. Infos und Bestellannahme: Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

Uns geht's um's Ganze.  
www.gruene-bundestag.de

**Infotour „Ohne Gentechnik!“  
Gen-Mais und Kuh-Patente  
Gefahren und Alternativen**

**Diskussion mit Percy Schmeiser am 25. Mai, 19 Uhr  
Europahalle Trier, Viehmarktplatz, 54290 Trier**

**mit Ulrike Höfken MdB, Percy Schmeiser, Träger des  
Alternativen Nobelpreises, Oberbürgermeister Klaus Jensen  
und Alice Endres, Stiftung „Gesunde Nahrung“**

Infos unter: » [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Termine



## Veranstaltungen

### Frühjahrstagung der ASG

05. bis 07. Mai 2010, Bad Dürkheim  
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung auf der Suche nach der Zukunft – Herausforderungen, Rahmenbedingungen, Aussichten. Unter diesem Motto finden drei Fachexkursionen statt zu intensivem Gemüsebau, Weinbau und ländlicher Entwicklung sowie Vorträge von Norbert Schindler (MdB, Präsident des Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd); Dr. Manfred Kern (Bayer CropScience AG); Holger Bartels (IG Bauern-Agrar-Umwelt); Regina Grajewski (Bundesforschungsanstalt für Ländliche Räume); Dr. Hans-Peter Lorenz (Direktor Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinland, Neustadt/Weinstraße).  
Anmeldung: Agrarsoziale Gesellschaft (ASG), ☎ 0551 4 9709-0, Fax: -16, www.asg-goe.de

### Gentechnikfrei Füttern – geht das noch?

06. Mai 2010, Elmshorn  
„Gentechnikfreie Fütterung ist nicht mehr möglich, zu teuer oder reine Biosache.“ Ist etwas dran, an diesen und anderen Argumenten der Agro-Gentechnik? Wie kann eine zukunftsfähige Landwirtschaft aussehen? Setzen wir auf Globalisierung und Gentechnik oder auf eine bäuerliche, gentechnikfreie Landwirtschaft? Sind wir auf Soja in der Fütterung angewiesen – welche Alternativen gibt es dazu? Können die Futtermittelhändler in Schleswig-Holstein liefern? Information von und Diskussion mit Annemarie Volling (AbL); Dr. Jürgen Hittel (Leiter der Futtermittelabteilung ATR-Landhandel; Arp-Thordsen-Rautenberg); Dr. Christian Krutzinna (Uni Kassel, FB Ökologische Agrarwissenschaften):  
20.00 Uhr in der Gaststätte Sibirien, Sibirien 10, 25335 Elmshorn. Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Verein Landwirtschaftlicher Fachschulabsolventen (VLF), Verein Rinder Spezialberatung (VRS). Kontakt: Anneli Wehling, ☎ 0412-50396, Fax: -907567; Mobil: 0176-49428259

### Achtung: neue Zeit und Ort! Schlepperdemo

08. Mai 2010, Osnabrück  
Diese Kundgebung der Initiative Gentechnikfreies Osnabrücker Land/ Ecovillage, Regionale Landwirtschaft Münsterland und AbL dient zur Aufklärung der Verbraucher sowohl über das Fairmilkprogramm als auch über die grüne Gentechnik und die gentechnikfreie Fütterung sowie die Abhängigkeit zur Imkerei. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (AbL) nimmt Stellung zur Grünen Gentechnik, Romuald Schaber (BDM) zu fairer Milch und Horst Heemann vom Imkerverband wird sich für sauberen Honig einsetzen. Es wäre erfreulich, wenn sich viele Landwirte mit und auch ohne Schlepper daran beteiligen würden.  
Treffpunkt für die Schlepper ist um 10.00 Uhr an der Halle Gartlage (Zufahrt über Bohmter Str., Baumstr., Schlachthofstr.). Von hier fahren die Traktoren um 10.30 Uhr zum Ledenhof.

Die Imker, Zuhörer und andere Beteiligte versammeln sich um 11.00 Uhr direkt auf dem Ledenhof. Endkundgebungen 11.00 Uhr Ledenhof. Kontakt: Reinhard Fiegenbaum, ☎ 05484-657, und Rolf Brinkmann, ☎ 0541-445941. Infos unter: ecovillage@gmx.de, www.percy-in-glandorf.de

### Milchproduktion „ohne Gentechnik“ – Wie geht das?

10. Mai 2010, Hamweddel  
Gerade wenn es um die Milch geht, ist der Verbraucher sehr anspruchsvoll. So produzieren einige Molkereien in Deutschland bereits eine Trinkmilch, die mit gentechnikfreien Futtermitteln erzeugt wird. Auch Molkereien in Schleswig-Holstein sind in der Überlegung, ob sie diese Richtung für einen Teil ihrer Milch einschlagen wollen. Über gesetzliche Vorgaben, Verantwortlichkeiten, Kontrollen und Umsetzung in der Praxis berichtet Dr. Werner Lüpping (LWK SH) und stellt sich der Diskussion mit den Milcherzeugern.  
20.00 Uhr auf dem Betrieb von Malte Tank (warme Kleidung!) in Hamweddel, Voßberg 2. Grill und Getränke stehen ab 19.30 Uhr bereit für Milchviehhalter, Fördermitglieder und Interessierte. Kontakt: Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, Büro Nord, ☎ 038852-90630 Fax: -906322

### Percy Schmeiser kommt!

01. Juni 2010, Region Augsburg  
Percy Schmeiser, kanadischer Farmer und Symbolfigur im Kampf unabhängiger Landwirte um ihre Rechte gegenüber multinationalen Konzernen, kommt mit seiner Frau Louise in die Region Augsburg. Er berichtet eindrücklich über die falschen Verheißungen und Gefahren der Gentechnik und seinen letztlich erfolgreichen Widerstand gegen Monsanto. Am Nachmittag besuchen wir gemeinsam den Asamhof zum Thema heimischer Anbau von Futtermitteln als Alternative zu Sojaimporten mit Berücksichtigung der Aufbereitungsanlage, praktischen Fragen zum Anbau von Soja und selbst erzeugten Leguminosen. Am Abend folgen Vortrag und Diskussion.  
14 Uhr, Asamhof, Hauptstr. 1, 86438 Kissing. Um 20 Uhr, Schwarzachhalle, Am Sportplatz, 86459 Gessertshausen. Kontakt und Rückfragen: Bündnis für eine gentechnikfreie Region Augsburg Stadt und Land, info@genfrei-augsburg.de; Andrea Eiter, AbL-Bayern, ☎ 0821-4540951

### Repowering von Biogasanlagen

02. Juni 2010, Jena  
Das Fachgespräch zu Nachrüstung und Erweiterung und die parallel stattfindende Firmenausstellung bieten die Möglichkeit zum Austausch über innovative Technologien aus Wissenschaft und Praxis, die in der Lage sind, die Wirtschaftlichkeit von Vergärungsanlagen zu erhöhen.  
Programm: [www.biogas-zentrum.de/ibbk/termine\\_information\\_biogasfachgesprach.php](http://www.biogas-zentrum.de/ibbk/termine_information_biogasfachgesprach.php)  
Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), s 07954 926-203, Fax: -204

### Bio-Markt und Regionalvermarktung – getrennte Marketingwelten? Potentiale für Bio-Produkte mit Regionalmarken im Naturkosthandel

09. Juni 2010, Wiesbaden  
Fach-Workshop für Naturkost-Groß- und Einzelhandel, Regionalinitiativen, Experten im Rahmen des Projektes „SynPro – Potentiale und Probleme der gemeinsamen Regionalvermarktung ökologischer und konventioneller Produkte“, gefördert durch das Bundesprogramm ökologischer Landbau.  
Institut für ländliche Strukturforchung, Claudia Leucht, ☎ 069 77 50 01 od. 030 53091269, Fax. 069 777784, www.ifls.de

### Nachhaltige Entwicklung der Oberrhein-Region. Eine Idee wird Programm

11. bis 13. Juni 2010, Bad Herrenalb  
Bisheriges Wachstum ist durch eine beschleunigte Verdichtung mit der Folge steigenden Flächenverbrauchs, zunehmender Verkehrsprobleme und sozialer Anonymität verbunden. Wie lässt sich dagegen das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung mit dezentral gegliederten und organisierten Siedlungsräumen umsetzen? Die von BUND, eed und Brot für die Welt herausgegebene Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ bietet zu dieser Frage gute Ansatzpunkte.  
Evangelische Akademie Baden, s 0721 9175-356, Fax: -25-356, www.ev-akademie-baden.de

### Prinzip Nachhaltigkeit

11. bis 13. Juni 2010, Hofgeismar  
Nachhaltigkeit ist die zentrale Zukunftsaufgabe unserer Gesellschaft. Hierbei spielen nicht nur politische, wirtschaftliche und technische Fragestellungen eine Rolle, sondern auch philosophische, theologische und ethische Reflexionen. Welches sind Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung? Wie lassen sich ökologische Verträglichkeit und weltweite Gerechtigkeit vereinbaren? Was bedeutete Gerechtigkeit angesichts des Klimawandels? Wie wollen wir leben? Ziel der Tagung ist es, die Debatten um Nachhaltigkeit und Umweltpolitik mit philosophisch-theologischen Fragestellungen zu verknüpfen.  
Anmeldung: Ev. Akademie Hofgeismar, ☎ 05671 881-0, Fax: -154, www.akademie-hofgeismar.de



## Milchbauernabend im Landkreis Weilheim

Montag, den 14. Juni 2010  
um 20.00 Uhr im Festzelt in 82395 Obersöchering

„Was erwartet uns?“

„Das Beste kommt noch!“



Referenten:

Dr. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf  
(Bundesvorsitzender der AbL)  
Johannes Pfaller (Bundesbeirat des BDM e.V.)  
Dr. Andrea Beste  
(Pressereferentin MEG Milch Board w.V.) sowie  
ein Vertreter der Bayern MeG (angefragt)

Hierzu laden wir alle Milchbäuerinnen und Milchbauern  
sowie alle interessierten Verbraucher herzlich ein.



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61  
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774  
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118  
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247  
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215  
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,  
Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

### Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;  
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;  
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;  
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;  
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

### Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,  
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218  
Geschäftsstelle: Norbert Worm, Römerstraße 1, 54568 Gerolstein,  
Tel.: 06558/8621, Fax 06558/900128, e-mail: bnworm@t-online.de, www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz\_jochen@web.de  
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

Landesverband: Edith Liersch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039  
Fax: 967654  
Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, www.abl-bayern.info  
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Remmelberger,  
Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
Regionalgruppe Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad  
Zanklmaier, Tel. 08725/304; konrad.zanklmaier@vr-web.de  
Regionalgruppe Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@  
googlemail.com, Josef Lindauer, Tel./Fax.: 08803-488446, Martha\_Lindauer@web.de  
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel./Fax: 09265/7198

### Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,  
Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,  
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,  
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel.: hanna.bes@gmx.de

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,  
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg  
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 91,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 126,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 36,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 61,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei  
Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht  
spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die  
Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL wei-  
terleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Mensch

Wie die Bauern und Bäuerinnen in Nordrhein-Westfalen, am Bodensee oder auch weltweit leben und arbeiten und wie die EU-Agrarpolitik auf diese Menschen wirkt, ist in einer neuen Fotoausstellung dokumentiert. Sie heißt: „Mensch Macht Milch



## Milch

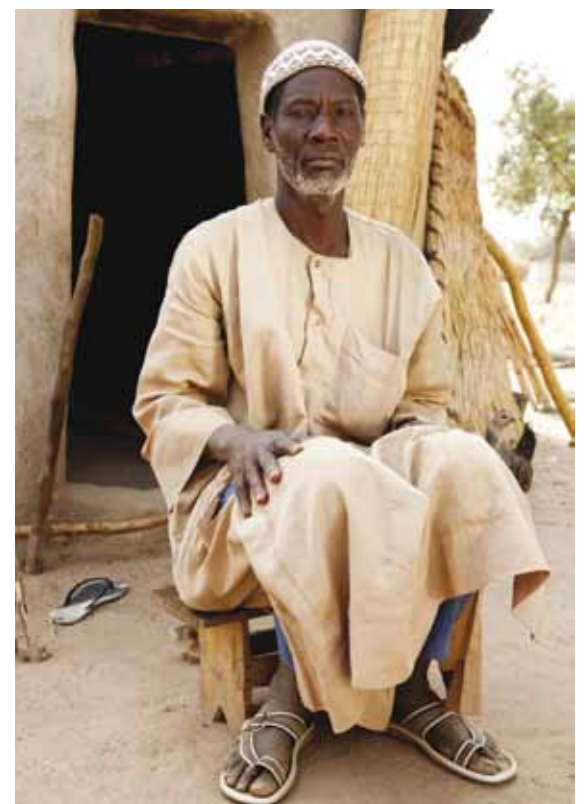
kann von den AbL-Landesverbänden und zu besonderen bäuerlichen Anlässen gegen die Übernahme der Transportposten ausgeliehen werden.

Nähere Infos bei: Berit Thomsen  
 Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de.



## Macht

– EU-Agrarpolitik und bäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd. Auswirkungen und Perspektiven.“ Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch haben die Ausstellung erstellt und gemeinsam mit den Partnern Brot für die Welt, dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) und European Milk Board (EMB) sowie mit Misereor herausgegeben. Für die Ausstellung hat der Hamburger Fotograf Fred Dott über einen Zeitraum von einem Jahr Menschen auf sieben Höfen in vier verschiedenen Ländern porträtiert und das Leben und die Gesichter hinter der Milch mit der Kamera festgehalten. Ein begleitender Flyer und Katalog geben die Geschichten hinter diesen Menschen wider. Die Fotoausstellung ist im Rahmen des Projektes „Jetzt handeln! Klima- und entwicklungsfreundliche EU-Agrarpolitik“ erstellt worden, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird. Die Ausstellung



Fotos: Dott

## **b**unabhängige bauernstimme: für Milchwahrheiten

05/2010

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf  
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
 oder Fax 02381 / 492221